2

1967 · FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

17. JAHRG. FEBRUAR

D 2442 F Preis 50 Pf, Studenten 20 Pf

bericht aus hanoi: beton & stahl ■ reinhard m. strecker: die (berliner) gedanken sind frei ■ michael bärmann: china china ■ alles über den national-demokratischen hochschulbund ■ agno stowitsch: szenen aus einem ereignisreichen leben ■ helmut hartwig über wolfram wenzel ■ gert winkler: uecker in new york ■

DISKUS

Horst Krüger: Die sogenannte deutsche Frage

„ALLEINVERTRETUNG" / Hans Michel

Schneller als erwartet hat die Regierung der Großen Koalition in Bonn die festgefahrene Wirtschafts- und Osteuropapolitik der letzten Jahre wieder in Gang gebracht. In der für uns alle entscheidenden Frage der Deutschlandpolitik tritt das Kabinett Kiesinger-Brandt noch immer auf der Stelle.

Im Grunde hat sich hier wenig geändert. Noch immer stangiert diese Frage in den falschen Vorstellungen, die sie seit 18 Jahren blockierten und schließlich zu einer Farce leerer Deklamationen machten. Noch immer operiert man in Bonn mit der These, daß die Existenz zweier deutscher Staaten eine „unerträgliche Spannung" in Mitteleuropa schaffe, daß die Teilung Deutschlands den europäischen Frieden gefährde, und daß die Deutschen einen vor der Welt einklagbaren Rechtsanspruch auf die Wiederherstellung ihrer staatlichen Einheit besäßen. Noch immer wird „Wiedervereinigung" als Fernziel unserer Deutschlandpolitik in Aussicht gestellt. Die Frage, welche Rolle dabei die DDR spielen soll, wird in schöpferischem Dunkel gehalten. Auf jeden Fall hofft man, sie kräftig in die Zange nehmen zu können. Die gegenwärtig sich so gut entwickelnde Osteuropapolitik Bonns läuft ja zu einem nicht geringen Teil darauf hinaus, diesen „anderen Teil Deutschlands" innerhalb der Warschauer Pakt-Mächte zu isolieren.

Ist eine solche Deutschlandpolitik vernünftig? Läuft sie nicht im Grunde denselben Illusionen nach, die schon die Adenauersche Deutschlandpolitik zu Schanden werden ließen? Damals wurde uns versprochen, die Sowjetunion werde bei entsprechender Überlegenheit der westlichen Macht die DDR fallen lassen und erkennen, daß auf die Dauer eine Wiedervereinigung nach westlichem Muster in ihrem eigenen Interesse liege. Heute scheint man zu hoffen, daß die Warschauer Pakt-Mächte, bei entsprechender Präsenz und Dominanz der Bundesrepublik in Osteuropa, die DDR im Sinne einer Wiedervereinigung unter Druck setzen könnten. Diese These verkennt erneut die realen Konstellationen. Aus der Tatsache, daß Bonn künftig in mehreren Hauptstädten Osteuropas Botschaften unterhalten wird, können nur Träumer erhoffen, daß sich die Rolle der DDR im Rahmen des Warschauer Paktes verändern werde. Die Zeit hat für die DDR und gegen die Politik Bonns gearbeitet. Dieser Staat DDR, wie wenig staatsbürgerliche Demokratie er bis heute auch entwickelt haben mag, ist ein wirtschaftlich stabilisierter und intakt funktionierender Staat, der auch weiterhin innerhalb der pax sowietica seine Rolle als Außenposten spielen wird.

Eine Deutschlandpolitik, die wirklich entspannen wollte, müßte deshalb von der Grunderkenntnis ausgehen, daß eine Machtverschiebung zwischen den beiden Ordnungssystemen, die sich nach 1945 gebildet haben, nicht möglich ist. Wenn es so etwas wie Frieden in Europa gibt, so beruht er auch künftig nur auf der gegenseitigen Respektierung des status quo. Nur innerhalb dieser Systeme ist Entspannung und Kooperation möglich, da allerdings in außerordentlichem Umfang. De Gaulle hat hier angefangen. Amerika ist gefolgt. Dieser Prozeß liegt in der Logik der Stunde.

Bonn sträubt sich noch immer gegen diesen Prozeß, soweit er die DDR betrifft. Es träumt noch immer davon, daß es von den Folgen des zweiten Weltkrieges, die ganz Europa neuordneten, nicht betroffen sei. Bonn vertritt die These, daß ausgerechnet Deutschland, das diesen Weltkrieg auf das Grausamste entfesselte, und ihn auch noch verlor, dafür nichts bezahlen brauche. Es besteht darauf, daß Deutschland nur in einem Staat existieren könne; es beruft sich dabei auf das Potsdamer Abkommen, das in der Tat Deutschland als politische Einheit vorsah. Es übersieht dabei, daß dieses Deutschland des Potsdamer Abkommens von allen Siegermächten als ein auf lange Zeit entmündigtes und entmachtetes Gebilde bedacht war, das nicht mehr völkerrechtliches Subjekt der Weltpolitik sein würde. In dem Maße, wie Deutschland sich wieder an den Händeln der Macht zu beteiligen begann, in demselben Maße wurde die deutsche Teilung automatisch mitvollzogen.

Der Prozeß der deutschen Teilung, der heute als weltgeschichtliches Unrecht und deutsche Tragödie beklagt wird, begann in dem Augenblick, als Deutschland 1941 die Sowjetunion überfiel. Wenn es heute Kommunisten hinter der Elbe gibt, so ist diese Tatsache auf eine aggressive und blutige Politik Deutschlands gegenüber Rußland zurückzuführen, nicht umgekehrt, wie es uns Rainer Barzel und der Baron von Guttenberg am liebsten glauben machen wollen. Man kann schließlich von einer siegreichen Sowjetunion, die die größten Opfer dieser Aggression zu tragen hatte, kaum verlangen, daß sie ihren Teil Deutschlands, wenn Deutschland schon wieder erstarken mußte, nicht am Spiel der Macht beteiligen würde. Beide Teile Deutschlands haben sich inzwischen 1948 und 1952 für die Macht und gegen die Einheit entschieden. Vielleicht lagen hier machtpolitische Zwänge vor.

Die deutsche Frage stellt sich deshalb heute nur noch als Frage der Kooperation beider deutscher Staaten. Beide deutsche Staaten müssen endlich lernen, miteinander zu leben und umzugehen. Sie müssen aus dem gefährlichen Zustand bürgerkriegsähnlicher Dauerverfeindung heraus, der in der Tat eine Bedrohung des europäischen Friedens darstellt. Ist gegenwärtig auch an eine Konföderation nicht zu denken, so würde kooperative Politik, wie sie Herbert Wehner etwa im Plan der deutschen Wirtschaftsgemeinschaft entwarf, doch einen wichtigen Schritt zu dieser innerdeutschen Entspannung bedeuten.

Der Einwand, die DDR sei kein hinreichend demokratisch legitimierter Staat, nimmt sich aus deutschem Munde immer etwas wunderlich aus. Statt Freiheit vorweg zu fordern, sollte eine Politik betrieben werden, die Freiheit ermöglicht. Das geringe Maß an staatsbürgerlicher Freiheit, das gegenwärtig in der DDR existiert, ist schließlich zu großen Teilen nicht eine Erfindung kommunistischer Privatbosheit, sondern eine Folge der wirtschaftlichen Unterlegenheit dieses Staates.

Die wirtschaftliche Stärkung und Stabilisierung der DDR liegt deshalb im Interesse aller Deutschen. Je mehr dieser andere Staat ähnliche ökonomische Bedingungen bieten kann, umso weniger „Mauer" wird er benötigen. Es gibt hier eine Interdependenz zwischen politischer Unfreiheit und wirtschaftlicher Unterlegenheit, auf die wir einwirken könnten. Je mehr sich beide deutsche Staaten im Konsumniveau annähern, umso entspannter kann ihr Verhältnis werden. Das heißt nicht, die DDR durch Verfettung gewissermaßen zu betäuben, wie manche das in unserem Lande hoffen. Es hieße, endlich eine vernünftige Deutschlandpolitik in Gang bringen. Es hieße, allen Deutschen akzeptable Lebensbedingungen und der Welt ein Deutschland zu bieten, das nicht mehr gefährlich wäre.

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

DISKUS Frankfurter Studentenzeitung Erscheint zweimal vierteljährlich.
Herausgeber: Hartmut Holzapfel, Manfred Müller, Gerhard-Wolfgang Schellenberg, Hans Joachim Steffen, David H. Wittenberg.
Redaktion: Hanns-Helge Schneider (i. A. Politik), Rudolph Bauer (i. A. Kulturpolitik), Franz-Joachim Gaber (i. A. Lokales), Karl Riha (Feuilleton), Ulrich Luetjohann, Gerhard Schulz, Hilde Vogel, David H. Wittenberg
Die Zusammenstellung der Seite 1 besorgte Helmut Fritz.
Redaktionsgeschäftsführer: Hans Joachim Steffen.
Verlagsleiter und Anzeigenredakteur: Werner Fritzsche.
Vertrieb: Gerhard-Wolfgang Schellenberg.
Anschrift der Zeitung: 6 Frankfurt 1, Mertonstraße 26–28, Telefon 7 70 64 31 88
Konten der Zeitung: Deutsche Bank Nr. 240/9647, Dresdner Bank, 121 210, Postscheckkonto Ffm. 167588.
Artikel, die mit dem Namen des Verfassers oder seinen Initialen gezeichnet sind, geben die Meinung des Autors wieder, aber nicht unbedingt die der Redaktion. Alle abgedruckten Beiträge sind Eigentum des DISKUS.
Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Erlaubnis der Redaktion.
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 7 vom 1. Mai 1966.
Abonnementsbestellungen zum Preis von DM 6,– jährlich nimmt jedes Postamt entgegen.
Lieferungen in das Ausland sind bei der Redaktion zu bestellen.
Druck: Grawo-Druck, 603 Offenbach am Main, Schäferstraße 12, Telefon 81 15 18.
Hinweis: Durch ein Versehen der Druckerei blieb das Impressum des letzten DISKUS unvollständig. Die Redaktion für Nr. 1/1967 bestand aus: Helmut Fritz (Politik), Manfred Forschner (i. A. Kulturpolitik), Hanns-Helge Schneider (Lokales), Karl Riha (Feuilleton), Franz-Joachim Gaber, Ulrich Luetjohann, Gerhard Schulz, David H. Wittenberg.

Veredelung der Persönlichkeit

Nach den Worten Dr. Hans Speidels, General a. D., vor der Führungsakademie der Bundeswehr sollen Menschen auch als Soldaten keine „grausamen Tiere" (Scharnhorsts Wort) sein, vielmehr sich mit Bildung versehen. Selten wurde wohl der Bildung schlechthin in letzter Zeit ein größeres Lob zuteil als die Führungsakademiker es hören durften. Leider verriet der seit Jahrzehnten militärisch verdiente Mann nicht, was er mit „Bildungsideal" meint. Oder sagt seine geforderte Verbindung von „Offiziersideal" und „Bildungsideal" genug? Hier „Lebensgefahr und Ehre, dort Wohlstand und Bildung", da steckt Idealisches drin, in der Vorstellung nämlich, daß der Krieg ein Handwerk sei. Speidel zitiert Scharnhorst, dessen Schwärmen von der Integration einer „echten Idee von Wissenschaft in das Handwerk des Krieges".

Nun weiß Speidel, was er sagt und ihm ist nicht abzustreiten, wie richtig er die Bildungsanstalten beschreibt, wenn er Soldaten und Bildung organisiert sieht: die Universitäten sind längst militärisch ausgerichtet; sie liefern reibungslos „im geistigen Wettbewerb gründlich ausgebildete und profund gebildete Soldaten, Beamte, Naturwissenschaftler, Ingenieure, Ärzte". Der erfahrene Taktiker weiß, daß er offene Türen einrennt mit seinen Forderungen. Die „Verbindung mit den Besten aller Schichten und Stände, nicht zuletzt mit den Universitäten geschaffen, wie sie heute fehlt", das haben Scharnhorst und Gneisenau getan! Ihnen nach! Was geht uns die Geschichte an. Das Idealische zieht uns an. „Die Mittel, die den Hochschulen in den USA, in England, der Sowjetunion, Frankreich auf diesem Gebiet (der Landesverteidigung) zufließen, sind gewaltig: also eine Zweck- und Auftragsforschung erster Ordnung, der eine ausgedehnte Grundlagenforschung entspricht. „Was wir brauchen, ist unbedingtes Vertrauen in Soldaten und die friedliche Vervollkommnung des Militärs. Skandale, wie mit professoralem Geheimdienst in Vietnam, regierungstreue Universitäten, das brauchen wir nicht. Es funktioniert auch so, ohne das US-Vorbild. Hier heißt das „synthetische Erkenntnismethode", Ganzheit" . . .

Bevor solche Aufforderungen zur Untat in die Bildungsanstalten gelangen, noch eine Drohung des Militärs: „Lehrende und Lernende wandten sich oft in Überspitzung der Freiheit von Forschung und Lehre von allen Forderungen der nationalen Verteidigung ab . . ." das ist pauschal diffamiert und probat. Es ist eine Verhöhnung der mittlerweile historischen Figuren der Scharnhorst und Gneisenau, mit ihrer Aura, das Geschäft des Kalten Krieges zu machen. Nicht politische Bildung, sondern „politisches Verantwortungsgefühl" will das Militär; „militärische Wissenschaften . . . als unentbehrlicher Bestandteil der politischen Bildung", so zitiert er Scharnhorst, sichert sich so seine Verteidigung des „Soldatischen". Es gibt hier nichts zu verteidigen außer dem, was den Soldaten aufgetragen wurde zu verteidigen. Die „Soldatischen", die Militarisierer nicht nur der Universität tragen den Angriff, nicht die Rechtsradikalen, die braunen Biedermänner. Das „Gesamtkunstwerk" Wagners soll es sein, sagt der General. „Die Kriegsführung ist eine Kunst, eine auf wissenschaftlicher Grundlage beruhende, freie schöpferische Tätigkeit" wird der große Beck zitiert. Aber die Ästhetisierung der Politik gehört den Faschisten. Wer ist das schon? Muß man Faschist sein, um Faschist zu sein? Ist die Schauerrede von der „Tat . . . (die) allein zählt" und vom „Charisma des begnadeten Führers" politische Bildung?

Noch warnt das Militär nur. Ziert das Militär sich mit antikem Wort, klingt Drohung durch: „Wir lieben Schönheit und Geist, aber wir kennen das Maß und bleiben bereit zur Tat".

Kultur ist schön, aber wir halten die Pistole bereit.

(Zitate nach FAZ, 17. 1. 1967) **D. H. Wittenberg**

Gewerkschaftliche Manöver?

Eine Gewerkschaft, die landläufig als links verschrieen, von Kennern als progressiv gepriesen wird, eine Gewerkschaft wie die I. G. Metall gibt einen Pressedienst heraus, in dem Freund und Feind am 26. 12. 1966 vernehmen konnten: „Gegen die Massenverhaftungen von spanischen Metallarbeitern hat der 1. Vorsitzende der I. G. Metall in Deutschland, Otto Brenner, in einem Telegramm an den spanischen Justizminister protestiert. Darin heißt es, die Polizeiaktionen gegen legitime Arbeiterforderungen seien eine Verletzung elementarer Menschenrechte und eines zivilisierten Landes unwürdig".

Was zunächst vermutet wurde, nämlich ein Protest gegen die faschistische Diktatur in Spanien, hatte offensichtlich einen realen Grund. Von einigen Eingeweihten jedoch wurde diese Meldung als Angriff in den eigenen Reihen, ja sogar als Verrat strenggehüteter Geheimnisse erkannt.

Übt sich doch selbige Gewerkschaft seit einiger Zeit in der Praxis, die kulturelle Tätigkeit spanischer Gastarbeiter beim Frankfurter Bund für Volksbildung zu hintertreiben oder etwa spanische Gastarbeiter der Frankfurter Politischen Polizei zur weiteren Bearbeitung zu überlassen. Die I. G. Metall hatte auch die Idee, spanische Tanzveranstaltungen zu verhindern, indem sie den Gastwirt des universitätsbenachbarten Restaurants „Zum Heidelberger" unter polizeilichen Druck setzen ließ. Besonders originell erwies sich aber der Einfall vom 16. Juli letzten Jahres, über den die Frankfurter Rundschau unter „Von Kommunisten nichts zu sehen" berichtete.

Unter gewisser Anleitung sollte dargeboten werden:

1. ein „spanischer Bürgerkrieg" in Frankfurt – „spanische ‚Kommunisten' wollen am Samstag dem 16. 7. eine illegale Demonstration vom Römerberg zum Gewerkschaftshaus veranstalten",

2. eine Demonstration, die – ein besonderer Jux – nicht gegen Franco, sondern „gegen die republikanischen (internationalen) Brigadisten auftreten soll", die an jenem Wochenende in Frankfurt ein antifrankistisches Treffen organisiert hatten,

3. antirepublikanische Transparente zur Verbreitung,

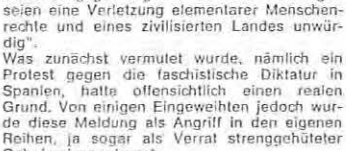
4. „kommunistische Arbeiter", die „Einladungen zum Wiedersehenstreffen der Republikaner gefälscht und in Umlauf gebracht" haben sollen,

5. ein „vorsorglich" bestelltes „mitteldeutsches" Fernseh-Kameateam, „das im Bild festhalten sollte, wie hierzulande spanische Demonstranten ‚niedergeknüppelt' werden",

Die Frankfurter Rundschau wußte zu berichten, wie dies kommunistisch-anti-kommunistische Durcheinander von der lokalen Polizei geglaubt wurde. „Die Polizei – so hörten wir aus dem Präsidium – wollte sich auf keinen Fall provozieren lassen. Dennoch postierte sich ein Sonderkommando des politischen Kommissariats am Römerberg. Doch die Vorsorge war unnötig, . . . von spanischen Kommunisten, Ostfernsehen und antirepublikanischen Transparenten war weit und breit nichts zu sehen." Daraufhin eilten die politischen Polizisten „Zum Heidelberger", wo die „Kommunisten" sich doch noch auffinden lassen sollten. Hier veranstaltete der „Spanische Kulturkreis" einen seit Wochen angesagten Tanzabend mit Pasodobles, Beat und einem Vortrag über die spanische Agrarwirtschaft. Der Wirt, anscheinend von der Polizei aufgeklärt, „kommunistische Tätigkeit" zu unterstützen, wurde aufgefordert, zu bezeugen, daß vor der Tanzveranstaltung ein Vortrag gehalten wurde. Diese Zeugenaussage sollte den Beweis erbringen, daß eine „antirepublikanische Veranstaltung" doch noch stattgefunden habe.

Da diesem Coup der große Erfolg versagt blieb, nutzte die I. G. Metall ihre Beziehungen zur Leitung des Frankfurter Volksbildungsheimes. Unter Berufung auf Schädigung der Interessen einer gewissen Gewerkschaft in Frankfurt wurde der „Spanische Kulturkreis" aus den Räumen gewiesen. Form und Ausmaß dieser Schädigung blieben unbekannt.

Im Vorstand der Frankfurter Industriegewerkschaft scheint man sich über die Zusammenarbeit mit dem spanischen Konsulat noch nicht einig zu sein, das nach einem Gerücht die gewerkschaftliche Tätigkeit als „freundlichen Akt" bezeichnet haben soll. Die Stadt Frankfurt scheint jedoch im Augenblick den bemerkenswerten Ambitionen einer Abteilung des Vorstandes der I. G. Metall, die sich ausdrücklich auf den Vorstand beruft, zu widerstehen. Gleichzeitig wurden dünne Proteste gegen die Behandlung spanischer Gastarbeiter in Deutschland nicht nur allzudünn, sondern unglaubwürdig. **H.-H. S.**



Zu 8/66, S. 15, „Schmäh von rechts"

Sehr geehrte Herren!
Sie stapeln tief, wenn Sie dem „ständigen Mitarbeiter" der DEUTSCHEN WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK, KULTUR UND WIRTSCHAFT, Wilhelm Pleyer, als Attribut zuschreiben: „Träger des Volksdeutschen Schrifttumspreises 1941". Herr Pleyer ist darüber hinaus nämlich noch in guter Erinnerung als Verfasser eines „Gruß an den Führer", abgedruckt in „Gedichte für Adolf Hitler", erschienen im Georg Truckenmüller-Verlag Stuttgart-Berlin, datiert mit dem 7. Oktober 1938. Das Vorwort zu dem Bändchen schrieb der damalige „Reichsleiter" und „Leiter der Kanzlei des Führers" Philipp Bouhler. Herr Pleyer, von mir auf dieses sein Gedicht hin angesprochen, bekennt sich noch heute emphatisch zu dessen Ton und Inhalt.

Ravensburg — Günter Grafen

Zu 8/66, S. 5, „Schleppenträger der CDU?"

Sehr geehrte Herren!
Herr Witt meint, daß die „CDU-Politiker zu Recht skeptisch sind, wenn ihnen (vom RCDS) Universalprogramme angeboten werden". Diese Skepsis ist gerade in der CDU unangebracht, da sie es von sich aus selten genug fertig bringt, ein eigenes Universalprogramm zu erstellen.
Gerade weil der RCDS nicht in der politischen Verantwortung steht, ist er zur Ausarbeitung von Gesamtkonzepten angehalten, denn er allein hat die Zeit, Bereitschaft und oft genug auch das Wissen und nötige Rüstzeug dazu. Die gewisse Skepsis der CDU gegenüber dem RCDS ist weniger eine Frage seiner Leistung als eine Frage der überholten Klischeevorstellungen über Studenten, wie sie immer wieder bei Parteimitgliedern anzutreffen ist.
Ich halte es für einen frommen Wunsch, daß die CDU nicht zuletzt über den RCDS „etwas gegen ihr lädiertes Verhältnis zur Intelligenz und den Intellektuellen tun will". Der RCDS ist meiner Meinung nach noch gar nicht genug in das Bewußtsein der CDU gedrungen, um als irgendwie gearbeitetes Mittel benutzt zu werden. Der RCDS sollte allerdings seine politische Selbständigkeit gegenüber der Partei klarer demonstrieren und dabei nicht seine politische Affinität zur CDU verschweigen.

Bonn — Stellv. RCDS-Bundesvorsitzender gez.: Wulf Schönbohm
f. d. R. J. Girnstein (Sekretärin)

Sehr geehrte Herren!
Witt behandelt hauptsächlich das Verhältnis des RCDS zur CDU und JU. Dies ist zweifellos ein wichtiger Aspekt der Arbeit des RCDS, aber nur einer unter anderen. Zu kurz kommt in dem Artikel die Tätigkeit des RCDS an den Hochschulen als eine von mehreren konkurrierenden politischen Gruppen.
Der RCDS ist zwar, wie Witt richtig schreibt, kein Verband, der zur „Selbstbetätigung von Miniaturpolitikern an der Hochschule" geeignet ist. Das darf aber nicht verstanden werden, als lehne der RCDS politische Arbeit an der Hochschule ab. Er sieht im Gegenteil in der Tätigkeit an der Hochschule (in Parlament, AStA und den Organen zur Verwaltung der gesamten Hochschule) eine seiner Hauptaufgaben. Entsprechend liegt hier ein Schwerpunkt der Arbeit der RCDS-Gruppen und auch der Tätigkeit auf Landes- und Bundesebene; dazu hat Witt ja einige Beispiele gebracht.
Der RCDS sieht also die Hochschulpolitik keineswegs als verächtliche Miniaturpolitik an. Wir halten es vielmehr oft für erheblich sinnvoller, auf Gebieten tätig zu werden, bei denen wir die Möglichkeit zu einer unmittelbaren Einwirkung auf die Verhältnisse haben, als sich zu engagieren in Bereichen, die einer Einflußnahme so gut wie völlig entzogen sind und in denen ein Engagement daher ohne Auswirkungen bleiben muß – allerdings deswegen auch verhältnismäßig risikolos ist. Das heißt nicht, daß der RCDS nicht eine Meinungs- und Willensbildung in den Gruppen zu allgemein-politischen Fragen hat – auch dazu brachte Witt ja Beispiele –, nur meinen wir, daß das andere, die unmittelbare politische Tätigkeit, dazugehört, soll ein Verband nicht zum reinen Debattierklub werden.

Marburg — RCDS-Landesverband-Vorsitzende Christiane Müller-Lobeck

Zu 1/67, S. 1, Collage

Ich protestiere!
Das Titelblatt des neuen DISKUS halte ich für eine evidente Schwäche. Kommen Sie mir nicht mit „Freiheit der Kunst", „L'Art pour L'art" oder Vokabeln wie „Gehalt, Sinn, Interpretation, Absicht, aufrütteln".
Wollten Sie vorteilhafter Ausdrücke wie „Takt, Achtung, Toleranz" repetieren, dann arbeiten Sie für eine bessere Zukunft der Menschen, was Studenten doch allzu gerne für sich in Anspruch nehmen, und nur dann!
Nehmen Sie dies zur Kenntnis.

Hainstadt — Ohne Hochachtung stud. phil. Rücker

Sehr geehrte??? Redaktion!
Es läßt sich kaum verhindern, daß ein gewisses Individuum Hitlerbart, seine Freude daran findet, sich in Geschmacklosigkeiten zu üben, was ihm ohne Zweifel gelungen ist.
Verbieten kann man sich allerdings, daß Ihre Redaktion diese verletzende Geschmacklosigkeit auf dem Titelblatt publiziert.
Die Tatsache, daß dieses Collage völlig unmotiviert auf der Titelseite erscheint, kann wohl auch von der Kirche fern stehenden Kreisen nur als provozierende Beleidigung angesehen werden.
Hiermit liefert die Redaktion nicht nur den Beweis mangelnden Taktgefühls, sondern auch den der eigenen Geschmacksverirrung und der fehlenden Reife.
Wer könnte da noch verkennen, wessen Geistes „Kinder" am Werk waren?!
Was die Angelegenheit aber erst recht peinlich macht ist die Tatsache, daß Sie das Blatt der Gesamtstudentenschaft „sein wollen".
Zum Zeitungmachen gehört nicht nur die Freude am Artikelschreiben und Bildchenbasteln, sondern, vor allem, wenn man repräsentativ sein will, Verantwortungsbewußtsein.
Solange Sie dieses nicht beweisen können, dürfen Sie in keiner Weise Anspruch darauf erheben, ernst genommen zu werden.

Mühlheim am Main — Hans Heil

An die Herausgeber!
Es gibt ein Rezept für den literarischen Erfolg, das – Herr Grass hats probiert – immer zum Ziel führt: Ein wenig Pornographie (nicht zuviel, daß es nicht der Zensur anheimfällt) gemischt mit Frivolität religiöser Art.
Was Sie auf Ihrer Titelseite gebracht haben, verschlägt einem die Sprache. Nicht nur mir, weil ich katholisch bin, auch dem ev. Christen, dem Mohamedaner, dem Menschen! Doch warum schreibe ich ihnen? Sie wollten doch meine Beleidigung! Sie wollten doch den Skandal, um noch einmal ins Gespräch zu kommen! Bloßer Sex zieht nicht mehr. Er muß mit einer Gotteslästerung garniert werden.
Der einzige Grund meines Schreibens ist der Protest. Sie sollen wissen, daß Sie nicht die öffentliche Meinung der Uni Ffm repräsentieren. Ich lehne mich gegen die Diktatur Ihres Blattes auf.

Neuenhain — Nicht mehr hochachtungsvoll stud. phil. J. F. Klegel

P. S. Offensichtlich reichen die Toiletten der Uni nicht mehr aus, um die Produkte der triebgesteuerten Pantasie auf „künstlerischem und literarischem" Gebiet aufzunehmen. Im DISKUS lassen sie sich noch in bare Münze umsetzen! – Gehen Sie doch einmal zum Psychiater!
P. S. Ihr Titelbild erinnert an den „Stürmer". Es muß ein herrliches Gefühl sein, überlegen-lächelnd auf den religiösen Gefühlen anderer Menschen herumtreten zu können!

An die Redaktion!
„DISKUS", die Frankfurter „Studentenzeitung", wie sie sich nennt, an mehreren Orten der Universität mehr oder weniger ins Auge fallend postiert, – nur dort sucht man sie vergebens, wo zumindest die Januarnummer den ihr gebührenden Platz hätte – präsentiert sich in der letzten Ausgabe in einem besonders mißratenen Gewande. (Böswillige Betrachter könnten allerdings argumentieren, daß in dieser Nummer ein Glücksfall eingetreten wäre, in dem sich Text und Graphik zu höchster Kongruenz vereinigt hätten, das Niveau also schwerlich noch zu unterbieten sei.) Aber, genug der Polemik. Ich möchte mich vielmehr an dieser Stelle kurz und kritisch zu der Gestaltung der Titelseite des Januarblattes äußern. Und zwar will ich die erratischen Bildmarginalien über Vollbusigkeit und Körperenthaarung außer acht lassen und „nur" auf das Hauptbild eingehen.
Es stellt, wenn ich Ihnen das Bild in Erinnerung zurückrufen darf, einen Meßkelch, also einen christlichen Kultgegenstand, zwei Hände, die, der Fingerstellung nach zu schließen, Priesterhände sein dürften, und dazwischen, wo man eigentlich die geweihte Hostie erwartet, zwei bemalte Kunststoffviertel, „Anfang Dreißig" der. Für das geistige Mittelmaß: eine zuckersüße Popidylle oder die unbewußte Demonstration eines Schönheitsideals gewisser Kreise, die das zwar, offen ausgesprochen, nicht gutheren würden, aber in der gehaltlich anonymen und interpretatorisch schlecht faßbaren Collage als witzigen, ja als geistvollen Einfall gelten lassen. Wie ja überhaupt die Collage, nicht nur in ihrem Blatt, der Geistlosigkeit und des Geistverlustes und somit des Verlustes an Geschmack, Zusammenhang und künstlerischer Aussagekraft Ausdruck verleiht und ein Zeichen von Feigheit, geistiger Beschränktheit und künstlerischem Unvermögen den Dingen gegenüber darstellt, die es entweder wissenschaftlich oder im weitesten Sinne k ü n s t l e r i s c h zu b e w ä l t i g e n, zu f o r m e n gilt, die man also nicht blödsinnig verschleiern sollte und deren Ergebnis in einer wahllosen Zusammenstellung (ich habe es vorhin „anonym" genannt; ich meine geistig anonym, daran ändert demnach der Name unter dem Bild nichts) man nicht vor jeder Interpretation zurückziehen sollte, indem man, allerdings verständlicherweise, alle Maßstäbe als unzureichend erklärt, um nicht in „des Kaisers neuen Kleidern" dazustehen.
Ich spreche damit selbstverständlich nicht jede mögliche Art der Collage an, sind ja doch einige große und gute Werke nicht nur der neueren Kunst, sondern etwa auch der mittelalterlichen Simultanmalerei in einem weiteren Sinne in der Konzeption als Vorläufer der Collage zu betrachten, wenn sie Geschehnisse oder Gegenstände, die in der Wirklichkeit meist nicht zusammengehören, in ein gewisses überwirkliches Verhältnis setzen, welche Technik auch immer angewandt worden sein mag. Doch wo dort geistvolle Verdichtung der Geschehnisse und sinnvolle Komposition herrschen, macht sich bei der leider viel häufigeren Art der Collage, nicht zuletzt eben bei ihrem Titelbild, die Perversität und, was noch schlimmer ist, die pure Dummheit breit, die dann entweder Peinlichkeit oder Langeweile zur Folge hat. Sie stehen damit, beabsichtigt oder nicht, in einer Linie mit den in letzter Zeit häufig diskutierten Theaterauswüchsen (etwa Handkes „Publikumsbeschimpfung", den „Mysteries" des „Living Theatre" oder dem „don carlos" der „neuen bühne", um nur einige zu nennen), in denen Provokation, ein übrigens legitimes und gutes Mittel nicht nur der Kunst, zum Zweck erhoben wird und so, ihrer eigentlichen Bestimmung entkleidet, sinnlos und wirkungslos im Raume verhallen muß und nur dem Blöden oder Primitiven zu einer Genugtuung gereichen kann. Und Ihr Titelbild, um darauf zurückzukommen, erfüllt genau die Bedürfnisse dieser Schicht. Ein wenig Surrealismus, ein bißchen Absurdität, ein Schuß Sex und eine sich so Intellektuell, ehrlich und offen gebende und dabei doch so verlogene Verkeizerung der Kirche oder des christlichen Lebens überhaupt, das ist die Mahlzeit, die heute gar nicht kalt werden kann, weil der Heißhunger nach dem Unbestimmten, nicht so genau Definierbaren, nach all dem, was keine hohen Ansprüche stellt, schon immer und gerade heute beinahe unstillbar war und ist. Daß eine Studentenzeitung bei diesem Konsum munter mitmischt, ist eigentlich sehr bedauerlich.
Zwar möchte ich mich hier ausdrücklich gegen eine Einziehung der Januarnummer Ihrer Zeitung oder gegen eine noch härtere Maßnahme aussprechen (man trat an mich in diesem Zusammenhange mit einer Unterschriftensammlung, die ersteres bewirken sollte, heran), da ich dies mit meiner Auffassung von der Freizügigkeit der Presse und überhaupt der Meinungsäußerung nicht vereinbaren kann und da ich zudem glaube, daß man Ihnen damit indirekt einen Dienst erwiese. Auch möchte ich keineswegs eine Apologie der angeblich verletzten Werte schreiben – für mich kann ich sogar sagen, daß ich mich wegen des Bildes nicht verletzt fühlte, weil es eben, wie schon ausgeführt, zu blöde und zu plump ist –, doch möchte ich Ihnen mit diesem Brief, in vielen Parallelen zwar, aber damit eben aufs deutlichste klarmachen, daß Sie einmal das Niveau sehr weit unterschritten haben und daß Sie zum anderen gezeigt haben, wie wenig Achtung Sie vor solchen Dingen haben, die Sie entweder nicht verstehen oder zu deren Behandlung Ihnen einfach die nötige Reife abgeht (was nicht allzlug gemeint ist, sondern sehr ernst).
Ich weiß nicht, wie Sie, um in der Gegenwart zu bleiben, auf eine Darstellung reagieren würden, in der etwa ein KZ-Häftling mit Hilfe der Collagentechnik in eine ausgelassene Party hineinprojiziert wird. Wahrscheinlich, oder sagen wir besser: hoffentlich ähnlich wie viele unserer Kommilitoninnen und Kommilitonen in Ihrem Protestschreiben oder so wie ich in diesem Brief auf Ihre Titelseite hin. Denn das heilige Geschehen im Meßopfer ist nichts anderes, wenn man Ihnen so viel Abstraktionsvermögen zumuten darf, als die unbutige Repräsentation des Kreuzestodes Christi, vor dem man, ob Gläubiger oder Nichtgläubiger, Achtung haben sollte, schon wegen des grausamen Schicksals, das hier erlitten wurde. Daß damals am Kreuze Gottes Sohn sein Leben für die zu erlösende Menschheit hingegeben hat, ist christlicher Glaubensgrundsatz. Daß aber ein Mensch damals unsägliche Qualen erlitten haben muß, das sollte jedem Achtung vor dem kreatürlichen Leid und Opfer abverlangen!
Auch der „künstlerischen" Leitung des „DISKUS":

Oberstedten/Taunus — stud. phil. Otto Leibl

FRANKFURTER BÜCHERSTUBE
SCHUMANN U. COBET
FFM · BÖRSENSTR. 2-4 · TEL. 21494

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn
www.frankfurt-uni68.de

DRACHENSAAT

Ein Traktat über die Seele / Von Michael Bärmann

Wer kritisch die Zeitung liest, muß lernen, sich einigermaßen im Gestrüpp widersprüchliche Nachrichten über die chinesische Kulturrevolution zurechtzufinden. Nachrichten aus Belgrad oder Moskau wird er selten noch ernstnehmen, solche von westlichen Presseagenturen streng mit jenen vergleichen, die aus dem maoistischen Lager (1) kommen, und er wird prüfen, wo Übereinstimmungen bloß faktischer Art zu finden sind. Aber dieses nur „empirische" Verfahren kann zu keiner stringenten Interpretation führen, solange der kritische Zeitungsleser nicht versucht, das theoretische Vorverständnis der Initiatoren dieser „Revolution neuen Typs" kennenzulernen.

I

„Gerade das unersättliche Identitätsprinzip verewigt den Antagonismus vermöge der Unterdrückung des Widersprechenden."
(Adorno, Negative Dialektik)

Wenn der kritische Denker im Spätbürgertum das Identitätsprinzip – im Unternehmerjargon: das Boot, in dem wir alle sitzen – als ideologisches Herrschaftsinstrument entlarvt, dann schlägt er eine Brücke nicht nur von Hegel zu Marxens Ideologiekritik, sondern auch von Johnson's „Great Society" zur Kulturrevolution, die den Weg bahnen soll zur kommunistischen Gesellschaft. Spricht im Wiedersprechenden der „Negativen Dialektik" das spätbürgerliche Individuum, das sich in letzter Vereinzelung ohnmächtig einem übermächtigen Geschichtsprozeß entgegenstellt, so greift Mao Tse-tungs Dialektik des Widerspruchs in diesen Prozeß ein und mobilisiert die Gegensätze innerhalb der Gesellschaft für den Aufbau des Sozialismus. Schon 1937 schrieb Mao lakonisch:

„Das Gesetz des Widerspruchs, der den Dingen innewohnt, oder das Gesetz der Einheit der Gegensätze, ist das allerfundamentalste Gesetz der materialistischen Dialektik." (2)

Mithin muß jeder Aktion, jeder Strategie der Kommunisten die Beantwortung der Frage vorangehen, welche in der jeweiligen Gesellschaft die entscheidenden Widersprüche sind. Der „Hauptwiderspruch" des historischen Moments ist die verbindliche Grundlage kommunistischer Politik. In der maoistischen Revolutionstheorie wird scharf unterschieden zwischen zwei Arten von Gegensätzen: einmal dem Gegensatz zweier sich gegenseitig ausschließender Interessen, etwa dem Klassengegensatz, der sich nur als Kampf zwischen Feinden lösen läßt und darum ein „antagonistischer Widerspruch" genannt wird, sowie zweitens Gegensätzen von sich nicht widersprechenden Interessen, die sich mit friedlichen Mitteln austragen lassen und „nicht-antagonistisch" genannt werden. Mao zählt einige solcher Widersprüche auf und ordnet ihnen Lösungsmethoden zu, die je nach dem Ergebnis der wissenschaftlichen Analyse kämplerisch oder friedlich sind:

„So wird zum Beispiel der Widerspruch zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie mit der Methode der sozialistischen Revolution gelöst. Der Widerspruch zwischen den Volksmassen und der Feudalherrschaft wird mit der Methode der demokratischen Revolution gelöst. Der Widerspruch zwischen den Kolonien und dem Imperialismus wird mit der Methode des nationalrevolutionären Krieges gelöst. Der Widerspruch zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft in der sozialistischen Gesellschaft wird mit der Methode der Kollektivierung und Mechanisierung der Landwirtschaft gelöst. Die Widersprüche innerhalb der kommunistischen Partei werden mit der Methode der Kritik und Selbstkritik gelöst. Die Widersprüche zwischen Gesellschaft und Natur werden mit der Methode der Entwicklung der Produktivkräfte gelöst." (3)

Der gebildete Europäer erklärt solche Sätze als primitiv und dilettantisch. So schützt er sich davor, die Primitivität des eigenen bürgerlichen Lebens dem historischen Anspruch des Sozialismus konfrontieren zu müssen. Im Verlauf der chinesischen Revolution hat sich nämlich die praktische Stimmigkeit dieser Sätze erwiesen. „Praktische Stimmigkeit" will sagen, daß diese Sätze trotz ihrer großen Einfachheit der Wirklichkeit nicht widersprechen. Sie haben die Form praktischer Anweisungen, denen eine gründliche Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse Chinas im jeweiligen Stadium der historischen Entwicklung vorausgeht. Wie kein anderer beherrschte Mao immer wieder die Kunst, die grundlegenden Widersprüche innerhalb der Gesellschaft zu erkennen. Zugleich ist bemerkenswert, wie er seine Theorie Schritt für Schritt im Zusammenhang mit den konkreten Problemen der politischen Praxis entwickelte: „Erkenntnis beginnt mit der Praxis und muß . . . auch wieder zur Praxis zurückkehren". (3a)

Dies war die allgemeine Lehre, die Mao aus den Erfahrungen der 20er Jahre gezogen hatte.

Die kommunistische Partei war 1921 unter Führung eines Literaturprofessors von Intellektuellen gegründet worden, die sich in Arbeitskreisen mit dem Marxismus beschäftigt hatten. Ohne praktische Erfahrung gingen diese Intellektuellen daran, eine gegenüber den gesellschaftlichen Verhältnissen in China noch abstrakte Theorie anzuwenden, um Revolution zu machen. Sie folgten blind den Anweisungen Stalins und der Komintern und hatten zunächst auch große Erfolge, was für die Stimmigkeit jener Anweisungen spricht. In Zahlen: 1927 waren die KPCh auf etwa 50 000 die Gewerkschafts- und Bauernverbände auf je über 2 Millionen Mitglieder angewachsen. Sie bildeten das revolutionäre Potential. Zu genau dem Zeitpunkt erfolgte der Rückschlag: in einem Massaker, das der jüngsten Kommunisten-Schlächterei in Indonesien ähnelt, dezimierte Chiang Kai-scheck die Partei um 80 Prozent ihrer Mitglieder. Das Blutbad unter den in den Gewerkschaften organisierten Arbeitern, besonders in Schanghei, hatte ein ähnliches Ausmaß. Diese Ereignisse veranlaßten Mao zur Bestandsaufnahme und neuen Analyse der revolutionären Kräfte. Auf dieser Grundlage entwickelte er die Strategie des Volkskrieges, der sich vor allem auf die verelendeten Bauernmassen stützt. Damit durchbrach Mao ein Tabu des dogmatischen Marxismus, für den das industrielle Proletariat allein Träger der sozialistischen Revolution sein muß.

„Wenn Menschen einen Fehlschlag erlitten haben, dann werden sie auch daraus eine Lehre ziehen und ihr Denken so korrigieren, daß sie es mit der Gesetzmäßigkeit der Außenwelt in Einklang bringen, und so können sie eine Niederlage in einen Sieg verwandeln; die Sprüche ‚Die Niederlage ist die Mutter des Erfolges' und: ‚Fall in einen Graben und werd' um eins klüger', enthalten diese Lehre." (3b)

II

„Keinen richtigen politischen Standpunkt haben, bedeutet, keine Seele haben."
(Mao Tse-tung)

Mao's Theorie widerspräche sich selbst, stellte sie den Anspruch, unfehlbar zu sein. Denn ihr zentrales Argument ist, daß die Wahrheit einer Theorie sich in der Praxis erweisen muß und nicht bloß abstrakte Geltung haben kann.

1958 mußte Mao zwingend folgern, daß er Fehler gemacht hatte, denn er hat seine Theorie über den Aufbau des Sozialismus nicht voll durchsetzen können. Dem Verlust seiner Ämter als Generalsekretär der KPCh und als Regierungschef waren Ereignisse vorausgegangen, die man aus der heutigen Perspektive als erste Versuche bezeichnen könnte, so etwas wie eine Kulturrevolution durchzuführen. Deshalb läßt sich aus der Phase von 1956 bis 1958 Aufschluß darüber gewinnen, was sich heute in China abspielt.

Einen Ausgangspunkt stellt Mao's Rede „Über die richtige Lösung von Widersprüchen im Volke" dar, die er am 27. Februar 1957 auf der II. erweiterten Tagung der Obersten Staatskonferenz hielt, sowie eine Reihe von Artikeln verschiedener Autoren, die in allen wichtigen Zeitungen und Zeitschriften die neue Theorie der „ununterbrochenen (permanenten) Revolution" entwickelten und verbreiteten (4). Diese theoretischen Diskussionen standen in engem Zusammenhang mit dem Ende der Kollektivierung der Landwirtschaft und der Kampagne „Laßt hundert Blumen blühen, laßt hundert Schulen miteinander diskutieren".

Ende 1956 waren die Sozialisierung von Industrie, Handel und Verkehr und die Kollektivierung der Landwirtschaft so weit fortgeschritten, daß ein qualitativer Sprung im Aufbau des Sozialismus bevorstand. Bereits 1955 schrieb Mao Tse-tung, daß die meisten Probleme der ersten Phase der sozialistischen Revolution, also vor allem die Probleme, die sich unmittelbar mit der Einführung einer sozialistischen Planwirtschaft und der Abschaffung kapitalistischer Produktionsverhältnisse stellten, gelöst seien:

„Das Problem von heute ist keines von dieser Art. . . . Das Denken der Menschen muß sich den veränderten Verhältnissen anpassen. Das Problem ist heute, daß der Rechtskonservatismus auf vielen Gebieten immer noch Schwierigkeiten macht und verhindert, daß die Arbeit auf diesen Gebieten mit der Entwicklung der objektiven Lage Schritt hält. Das gegenwärtige Problem besteht darin, daß viele Leute Dinge für unmöglich halten, die getan werden könnten, wenn sie sich Mühe geben. Darum ist es absolut notwendig, immer wieder diese rechtskonservativen Vorstellungen zu kritisieren, die es wirklich immer noch gibt." (5)

Damals wurde zum ersten Mal von der technischen und kulturellen Revolution gesprochen. Die „technische Revolution" bedeutete zunächst einmal die Gewöhnung der Bevölkerung an technisch-wissenschaftliches Denken, wie es durch die Mechanisierung und Industrialisierung notwendig wurde; 1956 wurde der erste LKW in China hergestellt. Mit „kultureller Revolution" war zunächst eine allgemeine Erziehungskampagne gemeint, für ein sozialistisches Land alles andere als ungewohnt (in diesem Sinne wurde auch in der DDR eine „Kulturrevolution" propagiert, bis hin zur Kampagne „Kumpel, greif zur Feder"). Aber solche Bewegungen hatten in anderen Ländern bislang wenig revolutionären Charakter gezeigt, wenn man von Einzelerscheinungen wie der „Proletkult"-Bewegung in der Sowjetunion Anfang der zwanziger Jahre absehen will.

Obwohl die Kampagnen in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre sich formal ganz an das bereits vorexerzierte Muster hielten, traten in ihrem Verlauf Phänomene auf, die in jenes Muster nicht mehr paßten. In einer großen Bewegung für „Sozialistische Erziehung" wurden erste Elemente nicht nur dessen, was sonst unter dem Titel „Polytechnische Erziehung" bekannt ist, eingeführt, sondern man begann mit einer Umwandlung des Erziehungssystems, die auf die Aufhebung des Unterschiedes zwischen Stadt und Land, zwischen geistiger und körperlicher Arbeit abzielt. Beispielsweise entwickelte sich daraus in den folgenden Jahren ein Schultypus, in dem wie in der Industrie der Acht-Stunden-Tag eingeführt wurde, und zwar nach dem Verhältnis von vier Stunden geistiger Arbeit (Schule) zu vier Stunden körperlicher Arbeit (Produktion). In solchen Versuchen war die Absicht zu erkennen, nicht nur auf ökonomischem Gebiet, in der objektiven Basis der gesellschaftlichen Entwicklung, Voraussetzungen für eine künftige kommunistische Gesellschaft zu schaffen, sondern durch entsprechende Änderungen des Erziehungssystems die Aufhebung der Arbeitsteilung im Bewußtsein der Menschen subjektiv vorwegzunehmen. Dadurch sollte eine zusätzliche Beschleunigung für die wirtschaftliche Entwicklung erreicht werden.

Größere Publizität außerhalb Chinas erreichte die Kampagne der „Volkshochöfen". Im ganzen Bereich der Volksrepublik, besonders aber auf dem Land, errichtete man nach äußerst einfachen und auf ein technologisch kaum geschultes Denken zugeschnittenen Bauplänen kleine Schmelzöfen, um aus Schrott und Erz Eisen herzustellen. Was die Hoffnung betraf, damit mehr als einen geringen Teil des lokalen Eisenbedarfs zu decken, war diese Kampagne offensichtlich ein Mißerfolg. Mao hatte die Möglichkeit falsch eingeschätzt, den „subjektiven Faktor" durch die Entfachung eines allgemeinen revolutionären Enthusiasmus forciert für die Beschleunigung der Wirtschaftsentwicklung einsetzen zu können. Umso wichtiger ist es, den wesentlichen Aspekt dieser Kampagne festzuhalten: sie war nämlich Bestandteil einer offensichtlich noch nicht ganz durchdachten Strategie zur Lösung der Widersprüche innerhalb des Sozialismus, eine Aktion der „technischen" oder „technologischen" Revolution. Der Bau der Öfen nach einfachen Plänen und die praktische Erfahrung mit dem technischen Vorgang des Schmelzens sollten dazu dienen, „für Chinas wachsende Industrie ein riesiges Heer halb ausgebildeter Arbeiter heranzuziehen, die eines Tages nur noch Spezialschulung brauchen werden, um zu verstehen, welche Funktionen ihnen in einer Großschmiede oder Maschinenfabrik zugedacht wird" (6).

Die maoistischen Formen politischer Praxis unterscheiden sich in ihrem Inhalt merklich vom sowjetischen Modell, das Stalin in den dreißiger Jahren geprägt hat. Dadurch wird das tiefgehend rassistische Bewußtsein der Europäer leicht verführt, faschistisch umzuinterpretieren, was Mao einmal als „Sinifikation" des Marxismus-Leninismus für China gefordert hat. Am weitesten gehen darin die westdeutschen Neonationalisten und die Ideologen der Sowjetunion. Während letztere die Chinesen als Faschisten beschimpfen, feiern die deutschen „Rechtsradikalen" den „Chinesischen Nationalkommunismus". Schrieb die „National- und Soldatenzeitung" am 27. 1. 1967:

„Täglich füttert die Weltpresse ihre Leser in den ‚freien' wie moskauhörigen Staaten mit neuen Gruselgeschichten aus China. Anhänger Mao Tse-tungs, der den chinesischen Nationalkommunismus anführt, sollen mit Arbeiter- und Bauernmassen im Kampfe liegen. Die Wahrheit zu ergründen, ist für außerchinesische Presseorgane so gut wie unmöglich. Richtig daran aber ist, daß Mao Tse-tung kein konsequenter Schüler des von ihm offiziell verehrten Stalin ist, und deshalb die vorsorgliche Ermordung aller potentiellen Feinde verabscheut, wie sie Stalin immer wieder vorexerzierte."

In welche Situation hat uns die Verlogenheit des europäischen Sozialdemokratismus gebracht, daß die simple Wahrheit für die Zwecke der bundesdeutschen Reaktion in die Waagschale geworfen werden kann! – Sinifikation bedeutet weiter nichts als die Befreiung des Marxismus von dogmatischen, den gesellschaftlichen Verhältnissen in China nicht angemessenen Komponenten. Das schließt die Forderung nach Unabhängigkeit von Moskau ein. Von Sinifikation des Marxismus-Leninismus hat Mao bereits im Oktober 1938 vor dem 6. Plenum des ZK der KPCh gesprochen, also schon zur Zeit der letzten großen Moskauer Schauprozesse, die soweit führten, daß schließlich Revolutionäre dem Kampf gegen die Konterrevolution zum Opfer fielen.

Mao's Methode bei der Bekämpfung der Konterrevolution – das wird jetzt während der Kulturrevolution besonders deutlich – unterscheidet sich prinzipiell von der Praxis Stalins. Das hat selbst „der Kenner der kommunistischen Welt", Klaus Mehnert, erkannt: „Stalin liquidierte die Revolutionäre zugunsten der Bürokraten und Apparatschiki; Mao und Lin liquidierten die letzteren zugunsten der ersteren" (7). In beiden Fällen freilich von „Liquidation" zu sprechen, ist irreführend; es gibt einen Unterschied zwischen der physischen Vernichtung eines Menschen und seiner politischen Entmachtung – gerade dann, wenn beide Methoden dem gleichen Ziel, die Konterrevolution einzudämmen, dienen sollen. Benutzte Stalin Schauprozesse, so setzt Mao immer wieder den Mechanismus von Kritik und Selbstkritik in Bewegung, vor allem den der Kritik von unten und der Selbstkritik von oben. Stalins Fehler lag darin, daß er die Konterrevolution nicht mit revolutionären Mitteln bekämpfte, Maos Stärke liegt eben in der Korrektur dieses Fehlers durch die „Massenlinie".

Wie revolutionär die Strategie Mao's ist, geht übrigens deutlich aus der „Berichterstattung" des größten Teils der bürgerlichen Presse hervor. Gerade die Revolutionierung des subjektiven Faktors, des „Bewußtseins", welche die Kulturrevolution beabsichtigt, trifft den bürgerlichen Individualismus in seinem Kern. Was rational und vernünftig sich abspielt, wenn ein 700-Millionen-Volk auf die Straße geht und diskutiert, wird übersetzt in die Metaphern des physischen Terrors, wie etwa in einer Wochenzeitung: „Leichen wurden durch die Straßen gerollt". In der Tat ist es ja völlig richtig, daß die Rotgardisten wie der inkarnierte Bürgerschreck erscheinen – sie sind der Bürgerschreck: sie machen Revolution.

Es wäre unverständlich, wenn die Maoisten ihre Aktionen zwar als Revolution betrachten, aber nicht ein Herrschafts- und Unterdrükkungssystem beseitigen wollten. Auch hier geht es wieder um eine an der Führung der KPdSU betriebene Kritik. Bereits nach dem 20. Parteitag der KPdSU auf dem der „Stalinist" Chruschtschow die „Entstalinisierung" eingeleitet hatte, schrieb 1956 die chinesische „Renmin Ribao" (Volkszeitung) in einem Grundsatzartikel „Über die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats":

„Es gibt eine naive Denkweise, die annimmt, daß es in der sozialistischen Gesellschaft keine Widersprüche mehr gäbe; Widersprüche verleugnen hieße aber die Dialektik verleugnen. Zwar ist das Wesen der Widersprüche in verschiedenen Gesellschaftssystemen unterschiedlich, ebenso die Art, sie zu lösen; aber die Entwicklung der Gesellschaft schreitet durch ständige Widersprüche fort."

Die Widersprüche in einem sozialistischen Staat wie China sind nach Mao „Widersprüche im Volk":

„Widersprüche innerhalb der Arbeiterklasse, Widersprüche innerhalb der Bauernschaft, Widersprüche innerhalb der Intelligenz, Widersprüche zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft, Widersprüche zwischen Arbeitern und Bauern einerseits und der Intelligenz andererseits, Widersprüche zwischen der Arbeiterklasse und anderen Werktätigen einerseits und der nationalen Bourgeoisie andererseits, Widersprüche innerhalb der nationalen Bourgeoisie usw. Unsere Volksregierung ist eine Regierung, die wirklich die Interessen des Volkes vertritt und dem Volke dient, und doch bestehen gewisse Widersprüche zwischen der Regierung und den Volksmassen. Dazu gehören Widersprüche zwischen den Interessen des Staats, der Kollektive und der Einzelpersonen, zwischen Demokratie und Zentralismus, zwischen Führung und Geführten sowie Widersprüche zwischen dem bürokratischen Arbeitsstil einiger Staatsfunktionäre und den Massen." (8)

Die Feststellung, es gebe auch im Sozialismus Widersprüche, erklärt zwar die Politik der Jahre 1956–1958, nicht aber die Notwendigkeit der Kulturrevolution. Dazu muß nachgewiesen werden, daß es sich nicht mehr länger um „Widersprüche im Volk" handelt (die nicht-

Fortsetzung auf Seite 4

Literaturhinweise

(1) Peking Rundschau; Radio Peking: deutschsprachiges Programm täglich 19–20 Uhr (auf 43,9, 42,8, 42,4 und 31,7 Meterband) und 21–22 Uhr (auf 43,9 und 42,8 Meterband)
(2) Mao Tse-tung: Über den Widerspruch, Peking 1964
(3) AaO., S. 26 f
(3a) Mao Tse-tung, Über die Praxis; in: Ausgewählte Schriften, Frankfurt 1963, S. 41
(3b) AaO., S. 30
(4) Vgl. Stuart R. Schram: Die permanente Revolution in China, Frankfurt 1969
(5) Mao Tse-tung: Socialist Upsurge in China's Countryside, Peking 1957, S. 9 f
(6) H. Hente: China und die Welt von heute, Stuttgart 1961, S. 195
(7) Klaus Mehnert: Maos zweite Revolution, Stuttgart 1966, S. 20
(8) Mao Tse-tung: Über die richtige Lösung von Widersprüchen im Volke, 3. Aufl., Peking 1966, S. 3 f

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Modern
an der Staatskrippe

Von Wolf-Dieter Narr

Die Blockregierung Kiesinger/Brandt steht als Faktum gegen thomasgleiche Zweifler: das „Ende der Nachkriegszeit" – noch von Erhard verkündet – ist da, die Episode des Postfaschismus vorüber. Einen Beleg liefert die Begründung der Großen Koalition; in alte Wunden legt zum Zeugnis sich „Versöhnung" – oh wundersame verbale Patina!

Daß dem sonst so stilbedachten Kiesinger ein nicht geringer persönlicher Fauxpas unterlaufen ist, den er auch mit peinlichen Interviews in israelischen Zeitungen nicht auszubügeln vermochte, kann hier tunlich beiseite bleiben. Wichtig ist allein, daß das religiös bestimmte Kernwort „Versöhnung" (oder auch „Aussöhnung") nicht nur die führende Beteiligung eines NSDAP-Mitglieds und eines Emigranten, als Vergangenheit-Bewältigungspille versüßt, zu einem weihevollen Volksakt emporstilisierte, sondern daß darüber hinaus die Versöhnung „mit allen Kräften unseres Volkes", „mit dem Staat" und nicht zuletzt mit der CDU/CSU auch das lang angepeilte Ziel der SPD dargestellt hat. Spätestens seit 1960 hatten führende Kräfte in dieser Partei die Versöhnungsrichtung eingeschlagen, die nun ihren ersten krönenden Erfolg geerntet zu haben scheint. Einige der Elemente, die vorweg die SPD auf dem Altar „Deutschland" zwecks Versöhnung geopfert hat, seien hier kurz und undifferenziert resümiert, um das „mit unserem Staat" ausgesöhnte Gesicht dieser Partei recht zu erkennen und seine Züge lesend zu verstehen.

Vormals eine Partei des Volkes, betrieb die SPD den Wandel zur Volkspartei. „Volkspartei" dieses neuen Typs, das meint eine Partei, die möglichst alle Gruppen der Gesellschaft einzubeziehen imstande ist, oder, richtiger gesagt, eine Partei, die programmiert und zusammengehalten wird durch das proportionalisierte Interesse der Großgruppen an ihr. Vorgebahnt war diese Richtung hin auf eine Art rechtsstaatlichen (demokratisch durchaus dubiosen!) Herrschaftspluralismus mit großverbandlichem Absprachekartell von der CDU/CSU. Da aufgrund mangelnden Erfolges das Verbandsinteresse ebenso schwand wie die Kohärenz der Christen-Partei, ist diese nun gerettet worden durch ihren volksparteilichen Imitator SPD, die in ihrer überkommenen Organisation freilich ein besseres institutionelles Korsett besitzt. Der Gestus der Volkspartei hat das ängstliche politische Verhalten der SPD in den letzten Jahren mehr bestimmt, als man es vordergründig anzunehmen geneigt ist. Die Furcht, die katholische Kirche oder Industrieverbände, der Bauernverband oder Mittelstandskreise der Hausbesitzer könnten mit einer ihrer Verlautbarungen nicht einig gehen, drang durch alle Poren der Sozialdemokratischen Partei.

Hand in Hand mit der volksparteilichen Verwischung des Programmatischen ging die Bevorzugung der „Staatspolitik" vor der „Parteipolitik" und die Insistenz auf „Sachlichkeit", welche zugleich ein altes Erbe dieser treuherzigen Partei darstellt. Radbruchs treffliches Wort von der Sachlichkeit als der Camouflage des Obrigkeitsstaats scheint vergessen. Der Drang, mittels „sachlicher", das heißt hierzulande vor allem unkritischer Politik „staatstragend" zu werden, durchbrach offenbar alle parteilichen Schranken und leistete auch von dieser Seite aus der Umarmungsstrategie Vorschub. „Sachliche", möglichst von professoralen „Sachverständigen" gedeckte Politik sollte den Weg aus der Opposition in die Regierungsrolle erleichtern.

Unterstützt wurde diese „Sachlichkeitserwägung" von Wissenschaftlern und Publizisten, die im herrschaftlich halbierten Wohlfahrtsstaat heutigen Musters keine Alternativmöglichkeit mehr sehen und den Proporz in Sachlichkeit als der Weisheit letzten Schluß des Parteienstaats propagieren. (Wobei sie freilich indezent nicht nur die Leistungsfähigkeit moderner Sozialwissenschaft überschätzen, sondern handfest ideologisch bestimmte Gesellschaftsvorstellungen in die wissenschaftliche Gewißheitsmetaphysik einschmuggeln.) Jedenfalls begriff die SPD die Opposition als Strafe und das Schicksal schien ihr allein dadurch gewendet werden zu können, indem sie „*den* Staat", so wie er ist, sachlich anerkannte und sich dafür vom obrigkeitseingeübten Wähler positiv sanktionieren ließ. Daß man durch die mitgeleistete Entpolitisierung unter Umständen und auf die Dauer das eigene Grab schaufelte und unzufriedenen Stimmungen in der Bevölkerung keine Resonanz mehr bot, gar jüngst latent der NPD Vorschub leistet, kümmerte bei solcher staatspolitischen Versessenheit wenig.

Die Volkspartei neuen Typs, die dem Staate zu dienen ausgezogen ist, mußte selbstverständlich Ordnung und Sicherheit als die ersten Ziele an die Fahne heften. Ordnung des Status quo, notfalls auch als schwergeprüfter, aber gerne bereiter „Konkursverwalter" (Wehner), war das Gebot der Stunde. Rekonstruktion der Demokratie, gar ihre Konstruktion galt dagegen als verblendeter Intellektualismus, der in irrealen Träumen den Herrschaftstag versäumt. Demokratisch übliche Spielregeln konnten angesichts solch formierenden Ziels nicht den ersten Rang einnehmen. Selbst so oft durch Spielregelverstoß böse gefoult begriff man gar nicht, daß Stabilität und Sicherheit in einer Demokratie gewährleistet werden durch teils rechtlich verankerte, teils gewohnheitsmäßig sozialisierte Spielregeln, die freilich, um leistungsfähig zu sein, die demokratische Gleichheitsbasis und die Beteiligungs- und Kontrollchance zur Voraussetzung haben.

Endlich normal sein! In diesen Ausruf einer lang unterdrückten, zulange frustierten Partei läßt sich die Quintessenz ihres Verlangens zusammenfassen. Was freilich unter „normal" zu verstehen ist, das konnte – und kann – selbst einer der eloquentesten Mundschenke des Wehner-Kurses, Günter Gaus, nicht deutlich machen, wenn anders er nicht einen durch Notstandsgesetze gesicherten und durch Stabilitätsgesetz formierten Status quo meint, – womit allenfalls der sich unkontrolliert kartellisierenden Großindustrie, sicher aber nicht der Einübung in Demokratie genützt ist. Individual- und gruppenpsychologisch lassen sich eine ganze Reihe sonst kaum miteinander vereinbarer Symptome dieser Partei erklären, die, um endlich der Diskriminierung zu entgehen, allein um das Augurenschmunzeln der Herrschenden mitvollziehen zu können, sich selbst nahezu gänzlich aufgegeben hat.

Die schlüssige Konsequenz all dieser Versöhnungselemente und -fermente war der taktisch kaum noch abgesicherte Drang zur Großen Koalition. Keiner der SPD-Führer schien im Herbst 1966 bereit, die lange angestrebte Führung selber zu übernehmen. Das ging zu schnell, damit hatte man nicht gerechnet; man wollte (und bewog in gezielt langer Sitzung die Fraktion „staatspolitisch" dazu, indem man zugleich das parteiliche und sentimentgeladene Einheitsregister zog) zwar ins Regierungslager, aber nicht als bestimmender Patriarch, sondern als endlich akzeptierte Gefährtin. Außerdem brachte die Große Koalition noch das Geschenk einer zwar nicht demütigen, aber doch bedürftigen CDU/CSU, eben jener Partei, die einen zu lange als „Untergang Deutschlands" verketzert hatte.

Nachdem die SPD endgültig (wenigstens auf absehbare Zeit) als Reformpartei ausgeschieden ist, stellt sich Reform in der Bundesrepublik fast auf jede Weise in einer aporetischen Situation dar. Gerade weil es sein kann, daß die gegenwärtige SPD-Linie auf ihre Weise Erfolg zeitigt, sind Spekulationen auf ihr Scheitern in keinem Falle reformverdächtig. Gerade die SPD mit der Pose des getreuen Ekkehart könnte mit der technokratischen Tendenz gegenwärtiger Verhältnisse (die gewiß nicht so sein müssen!) zur Deckung gelangen.

Ist auf die SPD keinerlei Innovationsverlaß mehr, so bleibt die Frage nach den Möglichkeiten jener, die in und außerhalb dieser Partei „von links her" zu ihrer Führung in partialer oder totaler Opposition stehen. Die Schwäche dieser Opposition ist, abgesehen vom organisatorischen Mangel und dem Entzug der Oppositionsmöglichkeit, den dauernd eine nicht hinreichend reformierte DDR darstellt, darin zu sehen, daß sie häufig mehr sentimental als rational argumentiert, daß sie mit Jargon analysiert und sich daran berauscht, ohne auch nur etwa einmal eine von Marx her kommende Analyse speziell und spezifisch zu leisten. Vorschnell wird von Revolution geredet, werden „rote Garden" demokratisch beglückwünscht oder aber man ist in ästhetischer Selbstbespiegelung mit „negativer Dialektik" orakelnd zufrieden.

Was nötig ist, sind „konzertierte Aktionen" auch der Vernünftigen, keine programmatischen Faseleien. Sonst wird weder die regierungstreue SPD noch die bundesrepublikanische Demokratie rechtzeitig wenigstens reformerisch modifiziert. Das ist augenblicklich die einzige Chance und zugleich die täglich in jedem kleinen Kreis auszuführende Aufgabe. Man wird sich damit nicht zufriedengeben können.

Beton und Stahl
Erlebnisbericht eines Nordvietnamesen

Als ich in dem malerisch am Ufer des Meeres gelegenen Zentrum für Leprakranke Quynhlap (Nghean) ankam, war es gerade zum dritten Mal von den Amerikanern bombardiert worden. Von 160 Pavillons, die dort gestanden hatten, mit ihren roten Dächern und den weißen Mauern sind nur Ruinen übriggeblieben. Die Rote-Kreuz-Fahne liegt im Schlamm zwischen den Bombentrichtern und den Stümpfen der Elektrizitätsmaste, um die sich noch die ineinander verwickelten Drähte winden. Lediglich ein Rosenstock ist unversehrt dieser Sintflut aus Eisen und Feuer entkommen. Seine einzige Blüte, die sich sanft im Wind bewegt, versucht er der Sonne entgegenzudrehen.

Man zeigt mir den Operationssaal: ein Haufen von Backsteinen und Dachziegeln. Unter dem Schutt liegen die Emaillebecken – verbeult und aufgeschlitzt. Auf einer Mauer, eine zur Hälfte ausgewischte Inschrift: „Liebe ... wie dich selbst". (Liebe Deine Patienten wie dich selbst). In der Krankenabteilung: Weitere Schutthaufen anstelle der großen Gebäude, die vorher, jedes acht Zimmer für vier Personen, enthielten. Am Kopfende eines halbverbrannten Bettes zwei Fotos. Das eine stellt die berühmte Vogelinsel dar, das andere zwei schöne Tänzerinnen. Auf einem Nachttisch liegen Bücher und Zeitungen: zwei Algebrabücher der 7. und 10. Klasse, eine Lenin-Auswahl und eine Broschüre über „Neue Aufgaben der vietnamesischen Literatur".

Mein Führer, ein Krankenpfleger sagt mir: „Bei uns liest und studiert man viel. Das Analphabetentum ist fast beseitigt. Sogar den alten Leuten ist es schon nach wenigen Monaten Aufenthalt gelungen, Lesen und Schreiben zu lernen. Die Tagesneuigkeiten interessieren unsere Kranken sehr. Sie verfolgen die Ereignisse genau und kennen sie oft besser als wir selbst. Bei den gemeinsamen Lesestunden nach den Mahlzeiten wird jede neue Siegesnachricht über die amerikanischen Eindringlinge von unseren Patrioten aus dem Norden und Süden mit Begeisterung empfangen.

Eine vorbeigehende Krankenschwester mischt sich in unser Gespräch und ruft noch einmal die letzten Tage in Erinnerung:

„Das Leben im Sanatorium war keineswegs so passiv, wie manche es glauben könnten. Man verbrachte seinen Tag damit, Bäume zu pflanzen, Blumen und Gemüse zu kultivieren, Kühe, Schweine und Fische zu züchten, Ping-pong und Volley-Ball zu spielen. Am Abend las, studierte oder spielte man Theater. Aber die Yankee-Piraten sind gekommen, mit ihren Überschallflugzeugen, ihren Bomben, ihren „faulen Hunden".

Wo sind jetzt diese Männer und Frauen, die die schlimmste Krankheit der Welt ertrugen, und die die amerikanischen Streitkräfte während jener Junitage des Jahres 1965 als Zielscheibe wählten?

Man führte mich in ein Zelt, das in den Felsen des Gebirges errichtet worden ist. Beim Eintritt fällt mein Blick auf eine weiße Gestalt, die ausgestreckt, inmitten einer Gruppe von Medizinern, auf einer Bahre liegt. Das Opfer hat an seiner Hüfte eine große, klaffende Wunde. Sein Gesicht ist aschfahl. Während man das Mädchen verbindet, fixieren seine Augen unentwegt den blauen Himmel über dem Meer. Die Geschichte, die man mir über diese junge, achtzehnjährige Leprakranke erzählte, ist bestürzend. Sie hat eine Schwester, die – wie sie – Waisenkind seit zartestem Alter, ebenfalls an Lepra erkrankte. Beide kamen am gleichen Tag ins Sanatorium. Die Schwester verließ einige Wochen zuvor völlig geheilt mit ihrem Adoptiv-Vater das Sanatorium. Die ältere, die sich noch im Zustand der Heilung befindet, wartete darauf, zu ihrer Schwester nach Quangbinh gehen zu können. Und dann stürzten sich die amerikanischen Flugzeuge auf Quynhlap, vernichteten das Sanatorium und die Zukunftspläne eines jungen Mädchens.

Im Verwaltungsbüro, das man nur noch durch ein Hinweisschild erkennt, habe ich unter Trümmern die Liste der Kranken gefunden, die am 10. Juni entlassen werden sollten. Es sind 31 Namen. Wievielen mag es gelungen sein, Quynhlap zur rechten Zeit zu verlassen: zwei Tage später erfolgte der erste Luftangriff auf das Sanatorium. – Niemand konnte meine Frage beantworten. Noch konnte keine Bestandsaufnahme gemacht werden.

Ich habe die Krankheitsberichte gefunden, die von dem Kampf der Ärzte gegen den schrecklichen Hansen-Bazillus zeugten. Zeichen markierten den Verlauf. Ein Kreuz, wenn der „Feind", ein Strich, wenn der Arzt den Sieg errungen hat. Alles das, was die vietnamesische Medizin während langer Jahre erreicht hat, haben die Amerikaner im Verlauf weniger Minuten zerstört. Diese Männer aus dem Weißen Haus und dem Pentagon müssen noch schlimmere Übeltäter als die Hansen-Bazillen sein.

Man hat mich die Abteilung der Bettlägerigen besichtigen lassen, wo der amerikanische Bombenhagel am meisten Unheil anrichtete: Von 241 Kranken 31 Tote. Hier sah man Ärzte und Krankenschwestern durch die brennenden Häuser laufen, um die Überlebenden zu retten, sie auf ihrem Rücken bis ins Gebirge zu tragen, sie wochenlang zu pflegen und zu füttern.

Ich habe auch die Kinderabteilung besichtigt, wo früher die hübschesten und bequemsten Pavillons des ganzen Sanatoriums standen. Hier wie überall, nichts als Ruinen. Unter den Trümmern Kinderbücher, ein Ehrendiplom, ein Drache, ein Einhorn aus Papier, eine Kinderzeitschrift und eine kleine rosa Ente. – Keine Spiele, kein Lachen. Nur Ruinen und die Stille des Todes

Lyndon B. Johnson versichert, daß seine Bomben lediglich auf Gebäude aus „Beton und Stahl" fallen. ...

(Aus „Artilleur sans matricule", Bui Hien, Editions en langues étrangères, Hanoi)

DRACHENSAAT Fortsetzung von Seite 3

antagonistisch sind), sondern daß ein regelrecht antagonischer Widerspruch aufgetreten ist, der das „Volk" zum solidarischen Kampf gegen einen „Feind" zwingt. Unter den heutigen Bedingungen können selbst in einem bereits sozialistischen Land mit sozialistischer Planwirtschaft wieder antagonistische Widersprüche entstehen, das heißt: „Widersprüche im Volk", die mit friedlichen Mitteln zu lösen sind, können sich zu antagonistischen Widersprüchen entwickeln.

Der äußere Feind, das durch die USA angeführte kapitalistische Lager, versucht permanent, die Entwicklung in den sozialistischen Ländern rückgängig zu machen. Diejenigen Kommunisten, die bereit sind, auf irgend eine Weise mit dem äußeren Feind Kompromisse zu schließen, sind dessen natürliche Partner innerhalb des „Volkes". Die daraus entstehenden Konflikte können friedlich ausgetragen werden. Kommen aber andere Faktoren hinzu, wie etwa der, daß die sozialistische Planwirtschaft eine Verwaltungsbürokratie hervorbringt, die in der Lage ist, sich Privilegien zu verschaffen und sie zu verteidigen, kann sich jener nicht-antagonistische, innerparteiliche Konflikt in eine Erneuerung des Klassenkampfes, der vor der Revolution herrschte, verwandeln. Die natürlichen Partner des Imperialismus werden zu historischen Feinden des Volkes. Bürokratismus, Reformismus, Sozialdemokratismus usw., zusammengefaßt unter dem „Schlag"-Wort „Revisionismus", haben dieser Theorie zufolge die Kulturrevolution notwendig gemacht. Die Gesellschaft, die nach der Kulturrevolution aufgebaut werden soll, muß die Möglichkeit, revisionistische Tendenzen wieder aufkommen zu lassen, strikt ausschalten. Darum ist das Ziel die „Große Demokratie", in welcher nach dem Vorbild der Pariser Kommune von 1871 alle Funktionäre einer ständigen, direkten und nicht bloß formal in der Verfassung garantierten Kontrolle von unten unterworfen sind. Die Rote Garde hat dabei die Aufgabe, experimentell die besten Kontrollverfahren herauszufinden und zu institutionalisieren. In Gestalt der „Wandzeitungen mit großen Schriftzeichen" ist eine solche Institution, eine neue Form von Öffentlichkeit, schon entstanden.

III

„Mit einem Wort, die Kommunisten unterstützen überall jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände." (Das kommunistische Manifest)

Der sowjetische Philosophieprofessor Gleserman schrieb am 31. Oktober 1966 in der „Prawda" über die „ultrarevolutionären" Maoisten:

„Ihr vulgarisiertes Ideal ist nichts anderes als die Verneinung der Persönlichkeit, deren Aufsaugung durch die Massen, die Ablehnung der von der Menschheit geschaffenen Kulturwerte, die Rückkehr zum Niveau der urgesellschaftlichen Armut und der unentwickelten Bedürfnisse, und das alles geben sie als Kommunismus aus." Haben die Kommunisten nicht schon immer nach solchen Maximen gehandelt? Waren sie nicht schon zur Zeit der Oktoberrevolution „der menschgewordene Terror"? Steht doch schon im Görlitzer SPD-Programm von 1921: „Die Kommunisten unterdrücken die Freiheit radikal."

Auch damals wurde mit der dogmatischen These argumentiert, Rußland (wie heute China) sei ein rückständiges Land, dessen Produktivkräfte noch nicht das Niveau erreicht hätten, um den Sozialismus zu errichten. In einem seiner letzten Aufsätze („Über unsere Revolution") griff Lenin diese These auf: „Wenn zur Schaffung des Sozialismus ein bestimmtes Kulturniveau notwendig ist (obwohl niemand sagen kann, wie dieses bestimmte ‚Kulturniveau' aussieht), warum sollen wir also nicht damit anfangen, auf revolutionärem Wege die Voraussetzungen für dieses bestimmte Niveau zu erringen, und erst *dann*, auf der Grundlage der Arbeiter- und Bauernmacht und der Sowjetordnung, vorwärtsschreiten und die anderen Völker einholen." Daß später einmal mit gleichem Recht diese Frage von den Maoisten, den chinesischen Bolschwiki, erneuert würde, sah Lenin voraus: „Unseren europäischen Spießbürgern fällt es nicht im Traume ein, daß die weiteren Revolutionen in den Ländern des Ostens, die unermeßlich reicher an Bevölkerung sind und sich durch die Mannigfaltigkeit der sozialen Verhältnisse weit mehr unterscheiden, ihnen zweifellos noch mehr Eigentümlichkeiten präsentieren werden, als die russische Revolution es getan hat".

Lenin fährt fort – und es erweckt den Eindruck, als kritisiere er mit dem Kautskyanertum der damaligen Sozialdemokraten auch den Dogmatismus nach Art eines Prof. Gleserman: „Gewiß, ein nach Kautsky geschriebenes Lehrbuch war seinerzeit ein sehr nützliches Ding, aber es ist dennoch schon an der Zeit, den Gedanken von sich zu weisen, als hätte dieses Lehrbuch alle Formen der weiteren Entwicklung der Weltgeschichte vorausgesehen. Es wäre an der Zeit, Leute, die so denken, einfach für Dummköpfe zu erklären."

Das FERN-REPETITORIUM (FOTH)
für Juristen ist seit mehr
als 35 Jahren das anerkannte Mittel
der erfolgreichen Examensvorbereitung. Probeheft B kostenfrei.

MÜLLER - ALBRECHTS - VERLAG,
4 Düsseldorf-Wittlaer

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Diskus in Frankfurt . . . Diskus in Frankfurt . . . Diskus in

POLNISCHER KÖNIGPUNSCH

Man reibt an 500 g Zucker eine halbe Apfelsine und eine halbe Zitrone ab, kocht dies mit 1/4 l Wasser zu dünnem Zuckersirup, fügt den Saft zweier Apfelsinen und einer halben Zitrone, 3 Löffel eingekochten Ananassaft, 1/2 Flasche Rheinwein, ebensoviel Chablis und Burgunder hinzu und läßt alles, ohne daß es kochen darf, heiß werden.

Dann taucht man ein Stück Zucker in Rum, legt es in einen silbernen Löffel, hält ihn über den Punsch, zündet den Zucker mit einem Fidibus an. Wenn der Zucker brennt, gießt man immer neuen Rum auf den Zucker, bis man eine halbe Flasche so brennend in den Punsch hat laufen lassen. Dann gießt man eine halbe Flasche Schaumwein zu und reicht den Punsch sofort.

Merke: Der echte Punschkenner brennt den Rum, welcher natürlich bessere Sorte sein muß, stets auf oben angegebene Weise ab. Zur Mischung mit Weißwein und Fruchtsäften ziehe ich roten Rheinwein dem französischen Rotwein vor und empfehle beste rote Fruchtweine als billigen Ersatz der roten Rheinweine.

P.

kleine chronik

Venia docendi

Eine Ordnung des Verfahrens zum Erwerb der Lehrbefähigung für die didaktischen und erziehungswissenschaftlichen Fächer der Abteilung für Erziehungswissenschaften hat der Senat der Johann Wolfgang Goethe-Universität dem hessischen Kultusminister zur Genehmigung vorgelegt. Das auf Anregung des Rates der Abteilung für Erziehungswissenschaften von einer Senatskommission ausgearbeitete Verfahren soll dazu beitragen, „den akademisch qualifizierten Hochschullehrernachwuchs für die Pädagogischen Hochschulen und erziehungswissenschaftlichen Abteilungen heranzubilden". Eine aus der Abteilung und den fachlich interessierten Fakultäten gebildete Kommission trägt die Verantwortung für den Erwerb der venia docendi, die vom Rektor im Namen der Gesamtuniversität verliehen wird.

Dieses zunächst noch mit äußerster Vorsicht gehandhabte, auf lange Sicht geplante Frankfurter Verfahren steht in Übereinstimmung mit einer Empfehlung der LVI. Westdeutschen Rektorenkonferenz vom Juli 1966. Diese hatte nicht nur die Verantwortung der Universitäten für die wissenschaftliche Ausbildung des Volksschullehrernachwuchses festgestellt, sondern darüberhinaus verschiedene Formen der institutionellen Zusammenarbeit „empfohlen." Wer dieser Empfehlung" nicht so starke Beachtung entgegenbrachte, wie der ehemalige Kultusminister von Nordrhein-Westfalen Mikat, handelte sich eine scharfe Rüge des Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz Sieverts ein. Mikat hatte Ende letzten Jahres durch Genehmigung der Verfassungen den Pädagogischen Hochschulen Rheinland und Westfalen-Lippe mit anderen Universitätsrechten auch das Habilitationsrecht verliehen.

Hamburg und Hessen haben sich für den von der Westdeutschen Rektorenkonferenz vorgeschlagenen Typ A, eine schrittweise Integration der Volksschullehrerbildung in die Universität, entschlossen.

Die Frankfurter Universität glaubt mit ihrer „venia docendi" ein Modell für die Zusammenarbeit aller fachlich kompetenten Stellen bei der Lösung des schwierigen Problems des erziehungswissenschaftlichen Hochschullehrernachwuchses geschaffen" zu haben. S.

Dubiöses

Nachdem die Studentenschaft die neue Satzung in Urabstimmung angenommen hatte, fühlte sich das Studentenparlament verpflichtet, dafür zu sorgen, daß auch nach ihr verfahren werde. Hierzu war es notwendig, die Satzung im Parlament als Novelle der alten zu beschließen, da sie sonst erst mit der Genehmigung durch den Kultusminister die in etwa einem halben Jahr zu erwarten ist, in Kraft tritt.

Bei der Abstimmung am 19. 1. war jede Stimme zum Erreichen der vorgeschriebenen Zweidrittel-Mehrheit der Mitglieder nötig. Deshalb mußte das Verhalten des AStA-Politreferenten befremden. *Herr v. Gizycki (Dresdensia Rugia) verließ 10 Minuten vor der entscheidenden dritten Lesung die Sitzung, um zu einem Verbindungstest zu gehen.* Ein Korpsbruder, ebenfalls Parlamentarier, der mit ihm ging, legte wenigstens sein Mandat nieder. Obwohl jede nicht abgegebene Stimme bei Satzungsänderungen einem Nein gleich kommt, hielt v. Gizycki dies nicht für opportun. *Ebenso überraschte die stellvertretende AStA-Vorsitzende Karin Rausch (SDS) durch ihre Stimmenthaltung.* Es ist untragbar, daß ein Mitglied der Exekutiven nicht für die Verfassung stimmt, zumal die neue Satzung Frl. Rausch schon vor Amtsantritt bekannt war. Überhaupt ist die Einstellung der „Innenbossin" zu ihrem Amt etwas merkwürdig. Bei ihrer Wahl gab sie bekannt, daß sie die ersten zwei bis drei Monate ihre Arbeit im AStA nicht aufnehmen könne, da sie in dieser Zeit ihr Vordiplom ablegen wolle. Dies hinderte sie jedoch nicht daran *DM 600,– (sechshundert)* als *„Aufwandsentschädigung"* für diese Zeit *zu kassieren.* Eine der Hauptaufgaben des Stellvertretenden Vorsitzenden für Inneres ist die Organisation des Quartier Latin.

Vielleicht sind ihre hohen finanziellen Ansprüche ein Grund dafür, daß sie sich mit dem sparsamen Haushaltsplan ihres AStA nicht befreunden konnte und ihm im Studentenparlament nicht zustimmte. Die Frage, wie ein Mitglied der „Regierung" regieren will, gegen Verfassung und gegen Budget, bleibt vielen, die Frl. Rausch nicht kennen, ein Rätsel. m. s.

Das Mensaessen des Monats

Esterhazy-Steak, Quarkspeise und Suppe

Man nehme einen alten Ochsen, gut mit Sehnen durchwachsen (möglichst aus der Zeit des Pyramidenbaues, denn Arbeit macht hart und zum Esterhazy-Steak – nach Mensaart – gehört gutes Leder) und teile ihn in mundgerechte Stücke auf. Nachdem die Fleischstücke durch einen modernen Steaker gelaufen sind und im Rohzustand das Aussehen von rosigfrischer Lunge erlangt haben, nachdem sie also mit den letzten Mitteln zum Erweichen gebracht wurden, lege man sie in heißes Fett und bemühe sich sie solange nicht zu brechen, bis man sicher ist, daß ein dunkelstes Südseebraun ihren lungenfarbenen Teint überdeckt hat, und man sie mit ruhigem Gewissen als verbrannt bezeichnen kann.

Sodann gieße man das nun gut durchgebra(nnte)tene Fleisch in derPfanne mit Brühe auf; man erhält eine köstliche Sauce. Nun leicht abkühlen lassen; man kann ein keineswegs wohlschmeckendes, dafür aber zähes und krümeliges Steak servieren, das dem Gast den Namen Esterhazy für immer verleidet.

Als Dessert reiche man Ananasquarkspeise, denn grüner Salat wurde besser dazu passen.

er

AUSSCHREIBUNG

Für die Ressorts POLITIK, KULTUR-POLITIK, LOKALES und FEUILLETON des DISKUS werden die

Redakteure und Mitarbeiter

neu gewählt. Wir schreiben diese Stellen hiermit aus.

Wir bieten

angemessenes Fixum, gutes Redaktionsklima und die Möglichkeit zu erlernen, wie eine Zeitung gemacht wird.

Wir bitten

Sie, sich zu bewerben. Als Mitarbeiter wären Sie Redaktionsmitglied. Sie müßten zusammen mit dem Redakteur (dessen Nachfolger Sie werden könnten) Artikel anregen, selbst schreiben oder redigieren, das Redaktionsprogramm ausarbeiten und den Umbruch leiten.

Wenn Sie journalistische Erfahrung mitbringen, ist es nützlich, wenn nicht, so können sie es bei uns erwerben. Wichtig ist nur, daß Sie verständlich sprechen und schreiben, weder Scheuklappen noch Angst vor „Avantgardismus" haben und Kritik zu schätzen wissen. Außerdem müssen Sie an der J. W. Goethe-Universität studieren.

Senden Sie bitte Ihre Bewerbung bis 27. Februar 1967 an die Herausgeber des DISKUS.

Folklore

Thema eines Abends des Instituts für Volkskunde war, die Anwendung des Begriffs „Folklore" im Schaugeschäft, in Rundfunk, Fernsehen und in der Werbung zu untersuchen. Angehörige des Instituts hatten eine Dokumentation, die von Veranstaltungsplakaten bis zum Omo-Geschirrtuch mit Folklore-Motiven reichte, zusammengestellt. Aufnahmen von Interpreten der Folklore-Welle und Interviews mit Passanten sorgten für Aktualität.

Priv. Doz. W. Brückner umriß in einer kurzen Ansprache die Schwierigkeit der Anwendung des Terminus Folklore in der Disziplin Volkskunde an deutschen Universitäten. Während an den Universitäten fast aller europäischen Länder „Folklore" das Fach selbst meint, versteht man darunter in Deutschland, gebunden an ehrwürdige Traditionen, das bewußte Wiederbeleben volkstümlicher Formen, den Folklorismus. Eine polemische Bestandsaufnahme eines Studenten des Instituts, die die Verbindung von Folk- und Protestsong mit dem großen Schaugeschäft aufweisen sollte, leitete zu einer allgemeinen Diskussion über. Der Name Folklore, aus dem Angelsächsischen übernommen, sei zu einem festen Markenzeichen geworden. „Christopher und Michael" z. B., nach eigener Aussage „Protester", kunden ihr Auftreten aus werbetechnischen Gründen auf Plakaten als „Folklore Concert" an. Verständnis und Interesse für Protest- und Folklore-Song sind an ein bestimmtes jugendliches Publikum – meist Schülern – gebunden. Alsheimer

personalien

Karin Rausch, stellvertretende AStA-Vorsitzende auf Abbruch und Spezialistin für Sexualfragen, konnte während des Q. L. 67 mit ihren Kenntnissen nicht assistieren, da sie es vorzog, eine Reise nach Konstanz anzutreten. Böse Zungen behaupten sie habe dort weniger in Sachen Hochschulreform an einer Expertentagung des VDS teilgenommen, als vielmehr das Terrain für eigene Studien am Bodensee sondiert. Zu klären bleibt indessen noch, ob die Dame Rausch eine Aufwandsentschädigung von DM 300,– für ihre Mitarbeit am Q. L. zu recht erhalten hat.

Peter-Ingo Mees, amtsenthobener AStA-Finanzer und Mitglied einer schlagenden Verbindung, wurde in der Woche vor dem Q. L. jeden Abend von seinen Verbindungsfreunden gewaltsam aus den AStA Räumen entfernt, damit er rechtzeitig auf dem Paukboden sein konnte. Herr Mees hatte nämlich am Tag nach der ersten Q. L.-Nacht seine letzte Bestimmungsmensur zu schlagen. Anschließend kam der wackere Kampe mit Verbindungsbruder und AStA-Polit-Referent Rainald von Gizycki in die Q. L. Zentrale und bepinselte die Kampfwunden mit studentenschaftseigenem Jod.

Brigitte Peters, First Lady der Frankfurter Studenten und im Hauptberuf Hausfrau und Mutter, stand während des Q. L. ihren ganzen Mann, als sie 5 Stunden lang in der Zentrale als guter Geist das Fest am Laufen hielt. Mit bewundernswertem Gleichmut bediente sie die Sprechanlage, das Telefon, bewirtete jugoslawische Rektoren mit Sekt, stempelte Ausweise und gab Auskunft an verirrte Q. L. Gäste. Böse wurde Frau Peters erst, als sie ein unwissender Ordner des Raumes verweisen wollte.

Herbert Fischer, Mediziners Fachschaftler, hielt die Nachfeier der „Don Carlos"-Akteure der „neuen bühne" für die Aufführung selbst. Er ließ sich nur schwer davon überzeugen, daß er auf dem Weg in den Parlamentssitzungssaal nicht den Schillerschen Versen lauschte.

Rolf Blasberg, Urattfunktionär, hat sich entgegen düsteren Prophezeiungen doch noch auf den Zweck seines Studiums besonnen und zum medizinischen Staatsexamen gemeldet. Er wurde auch prompt bei der ersten Prüfung bezichtigt, er halte den Ohrenspiegel wie ein Brietträger.

Medizinern soll man grundsätzlich nicht über den Weg trauen. An diesen Grundsatz hält sich auch die Universitäts-Hals-Nasen-Ohrenklinik. Deshalb verlangt sie während des Medizinischen Staatsexamens von jedem Kandidaten ein Pfand in Höhe von DM 10,– für die Benutzung eines Ohrenspiegels.

Peter Braulke, cand. med., Studienberater, Familienvater und Reserveleutnant, verblüffte die Teilnehmer eines Korporationsstiftungsfestes, indem er lautstark einer Dame, die vor einem Spiegel ihre Kleidung arrangierte, zurief: Ei, ziehe se doch Ihr'n Unnnerrock aus, dann paßt des Kleid!

Prof. Peters, der in Oberreifenberg in einem Wochenendseminar aus eigenen Gedichten gelesen hatte, versammelte einige Tage später einen Großteil der Seminaristen wieder um sich, als er in Franklurts Amerika-Haus einen Vortrag hielt über William Carlos Williams als Vermittler zwischen Whitman und der Moderne.

Ernennungen:

Hans Knothe, Prof. Dr. med., neuer Ordinarius für Hygiene und Bakteriologie.

Helmut Brackert, Prof. Dr., neuer Ordinarius für Deutsche Philologie I.

Ernst Pfeiffer, Prof. Dr. med., (Klinische Endokrinologie) ist mit Wirkung vom 7. 12. 1966 zum Fellow of the New York Academy of Sciences ernannt worden.

Walter Weise, Assessor, wurde zum Universitätsrat an der Johann Wolfgang Goethe-Universität ernannt.

Den Ruf an eine andere Universität erhielt:

Iring Fetscher, Prof. Dr. phil., (Wissenschaft von der Politik) auf einen ordentlichen Lehrstuhl für Politikwissenschaft an der Universität Konstanz.

IN EIGENER SACHE

Gegen den DISKUS ist auf Grund der Titelcollage von Nr. 1/1967 eine Strafanzeige wegen Verstoßes gegen § 166 StGB (beleidigende Darstellung einer religiösen Kulthandlung) erstattet worden. Wir beabsichtigen, in Nr. 3/1967 außerhalb der Leserbriefspalte eine ausführliche Dokumentation und Diskussion zu veröffentlichen, wobei alle Beteiligten zu Wort kommen werden. DISKUS

happenings

Schreie

Da hat einer Schreie gehört, da war was los, da hat jemand krakeelt, irgendwelche Leute haben demonstriert, die Presse war aber auch zu schlecht, die Information zu mühselig, das geht immer auf Kosten der Schreier, selbst wenn sie lange und vernehmlich schreien und man merkt, die Schreier gehören zu einem Studentenverband, also, wenn man auf dem Theaterzettel nicht gesehen hat, wie das Stück der Schreier heißt, Gründe und Ziel, dann sind das eben Schreier, das ist unästhetisch, die mögen ja womöglich recht haben, aber bei solchem Radau muß man gegenkrakeelen, hat die asta-info auch getan, da stand etwas über den SDS und das der so krakeelt, der sei doch sonst nicht so und er sollte doch.

Dementi

H. Buckwitz dementiert: er sei niemals Generalintendant der Städtischen Bühnen Frankfurt/M. gewesen. Zwar stamme der Anti-Brecht-Operettenstil von ihm, aber das habe nichts zu sagen; man könne seinetwegen wieder über Brecht und Theater diskutieren.

Misere

Einem on-dit zufolge hat die NPD dem „Deutschen Studentenanzeiger" die Zuschüsse gekürzt. Sollte es der nationalgesinnten studentischen Jugend nicht gelingen, genügend neue Anzeigenkunden zu werben, so kann das Blatt nicht mehr kostenlos verteilt werden. Das sieht man als gefährliche Existenzbedrohung an, denn die bisher in Frankfurt ausgegebenen 3000 Exemplare dürften sich wohl schwerlich verkaufen lassen. Man sieht, auch die Nationalen haben mit der Wirtschaftsflaute zu kämpfen.

numerus clausus 1798

„Nach zwey Rescripten der K. Regierung vom 29. May und 17. Aug. 1798 dauert das den Studierenden gegebene Bürgerrecht nicht länger, als vier Jahre, es sey dann, daß Jemand, der hier studiert hat, als Hofmeister und Gesellschafter wiederkomme: oder daß er durch Krankheit, und durch die Nothwendigkeit, Unterricht zu ertheilen, in dem Laufe seiner Studien gehindert worden: . . . Hingegen kündigt man denen, die nach einem vierjährigen Aufenthalt keine Collegia mehr besuchen, und keine öffentliche Anstalten mehr benutzen, das bisherige Forum auf; wodurch solche Personen entweder unter die Gerichtsbarkeit des Magistrats, und der Polizey-Commission, oder des Gerichtsschulzen-Amtes fallen. Den Söhnen von Professoren und anderen Universitäts-Verwandten, die ihre Studien über die Gebühr verlängern, oder nach vier und mehreren Jahren weder Collegia besuchen, noch öffentliche Anstalten benutzen, kann freylich das akademische Forum genommen werden; allein man streicht ihre Namen aus den Verzeichnissen von Studierenden aus. Durch die Bestimmung einer vierjährigen Dauer des akademischen Bürgerrechts gewinnt man den großen Vortheil, daß man überjährige Studenten, die meistens auf Unkosten Anderer zu leben suchen, oder wenigstens Zeit und Geld unnützer Weise verschwenden, zu rechter Zeit entfernen kann . . .

Vielleicht scheint es Manchem ein hartes Gesetz, daß man Studierende gleichsam willkürlich, ohne Urtheil und Recht der Wohltaten des akademischen Bürgerrechts berauben könne. Dies kann nur denen hart erscheinen, die nicht wissen, daß die akademische Obrigkeit auch dann, wenn sie als strenge verschrieen ist, dennoch ihrer Natur nach sich immer mehr auf die Seite der Milde, als der Strenge neigt: daß die Gewalt, nicht-beständigen Bürgern das privilegierte Forum aufzukündigen, seltener, als man glaubt, geübt, und dann, wenn man sie übt, auf die schonenste Art geübt wird. Einzelne Mitglieder des akademischen Gerichts lassen junge Luete, die gefährlich zu werden anfangen, zu sich bitten, und stellen ihnen vor, daß es um ihrer selbst willen gut sey, die Akademie, wenigstens auf eine Zeitlang zu verlassen. Wo man dieses nicht sagen kann, oder dieser Grund nicht durchgreift; da geht man zu dem wohlmeinenden Rath fort, sich freywillig und in der Stille zu entfernen, weil man sonst auf härtere Maaßregelnantragen müsse, oder man gibt den Eltern und Vormündern einen Wink, daß sie ihre Söhne oder Mündel wegnehmen. Wenn man den Fall voraussetzt, der gewiß nie existieren wird, daß alle angeführten Mittel fruchtlos bleiben; so würde man allerdings das vollkommenste Recht haben, Studierende, welche man für gefährliche Menschen halten muß, von Gerichtswegen ohne förmliche processualische Untersuchung und rechtliches Erkenntnis wegzuweisen. Alle Obrigkeiten thun in ähnlichen Fällen ein Gleiches gegen nicht-beständige Bürger."

Aus: Über die Verfassung und Verwaltung deutscher Universitäten, von C. Meiners, Königl. Großbrit. Hofrath und ordentlichem Lehrer der Weltweisheit, Göttingen, bey Johann Friedrich Röwer, 1802, Zweyter Band, p. p. 219

Verschickt von der Westdeutschen Rektorenkonferenz als Neujahrsgruß zur Jahreswende 1966/67.

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Tendenz: Stromlinienform

„Am meisten ins Grundsätzliche ging Professor Jürgen Habermas. Das ‚Berliner Modell' könne nicht darüber hinwegtäuschen, daß in Deutschland einheitlich die Ordinarien-Universität wieder etabliert sei, die eine Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden fingiert. Die Studienreform-Kommissionen, in denen Professoren und Studenten zusammenarbeiten, seien ein positiver Ansatz, aber sie müßten ihre hochschulpolitischen Diskussionen in die Öffentlichkeit tragen." (Über die „Universitätstage" an der FU-Berlin, in Frankfurter Rundschau, 27. 1. 1967)

Studienreform-Kommissionen und Öffentlichkeit streben seit einiger Zeit auch die Soziologiestudenten der philosophischen Fakultät an; d. h. die Vertreter der Fachschaft und die ihr assoziierten Gruppen. Von vier Fachschaftsvollversammlungen, die zum Hauptthema Studienreform einberufen wurden, waren nur die beiden ersten mit einer „Öffentlichkeit" von Studierenden besetzt, denn nur die Anwesenheit von Professoren macht solche Versammlungen attraktiv. Während der beiden letzten Fachschaftsversammlungen diskutierten nur mehr jene „geschlossenen Subkulturen", die an dem Zustandekommen einer paritätischen Kommission, zusammengesetzt aus Professoren, Assistenten und Vertretern der Studierenden interessiert waren. Die Frage, wie Öffentlichkeit in Form von Fachschaftsvollversammlungen auch ohne die Teilnahme von Professoren herzustellen sei, verweist auf die Methoden der Berliner Studenten: „Elemente plebiszitärer Willensbildung wie Vollversammlung, Protestversammlung, Demonstration, sit-in, teach-in und Streik . . ." (zitiert nach FAZ, 28. 1. 1967)

Was die „konservativen" und „reaktionären" (nach einer Einteilung von Professor v. Friedeburg) Vertreter der Öffentlichkeit von diesen „anarchoiden" Tendenzen halten, formuliert die FAZ mit einem Unterton von Drohung und Panik:

„Das Berliner Modell jedenfalls hat während der letzten Jahre derart viele Schwächen offenbart, zu oft hat sich das Fehlen von Sicherungen bemerkbar gemacht, daß längeres Abwarten nicht mehr zu rechtfertigen wäre . . . Wenn dieser überall existente Spannungsbogen nicht mit den einer Universität gemäßen Mitteln und Formen überwunden werden kann sondern im Wege törichter Polemiken, studentischer Streiks oder gar Krawallen erzwungen werden soll, dann ist es an der Zeit, für Berlins allzu ‚Freie Universität' ein neues Universitäts-Gesetz zu erlassen, bei dem man dem Reifegrad der jetzigen Studenten stärker Rechnung tragen müßte; . . . Auf jeden Fall sollte das Land Berlin mehr Einwirkungsmöglichkeiten auf die Universität erhalten." (28. 1. 1967)

Obwohl die Frankfurter Diskussion weit entfernt von „plebiszitärer Willensbildung" ist, fühlten sich auch hier die Professoren vom Öffentlichkeitsdrang der Studenten überrascht.

Welche Form der Öffentlichkeit und vor allem zu welchem Zeitpunkt ist Öffentlichkeit richtig? Die Studenten wollten und konnten sich den Demonstrationseffekt eines solchen Konfliktes nicht entgehen lassen. Öffentlichkeit verliert ihren progressiven Charakter in dem Moment, in dem sie einseitig fungibel gemacht werden soll.

„Geschlossene Subkulturen" haben es immerhin noch vermocht, zur Vorbereitung der Fachschaftsversammlungen vor Weihnachten und Mitte Januar (20. 12. 1966 und 17. 1. 1967) zwei Beschlußvorlagen auszuarbeiten. Die Präambel: „Die Studenten der Fachschaft Soziologie an der philosophischen Fakultät der J. W. Goethe-Universität sind bereit, in einer Arbeitskommission zusammen mit Professoren und Assistenten über die Probleme einer Neuorganisierung von Forschung und Lehre am Frankfurter Institut für Sozialforschung zu diskutieren." Weiter heißt es in der Beschlußvorlage vom 20. 12. 1966:

Die Studenten der Fachschaft Soziologie stellen deshalb für die Teilnahme ihrer Vertreter folgende Bedingungen:

1. Die Anzahl der studentischen Vertreter entspricht der Anzahl der Vertreter von Assistenten und Professoren zusammengenommen.
2. Die studentischen Vertreter werden von der Fachschaftsvollversammlung gewählt. Sie sind der Fachschaftsvollversammlung und den Fachschaftsvertretern zu Rechenschaft und Information verpflichtet.

Schon an diesem Punkt bildeten sich zwei Fraktionen: die einen meinten es sei notwendig *alle* Mitglieder — also auch Professoren und Assistenten — und nicht nur die Studentenvertreter unter diesen Anspruch zu fassen; die anderen wandten ein, daß mit dieser „radikalen" Forderung die Kommission nie zustande käme, daß es außerdem keine Erfolgskontrolle gäbe, ob sich jedes Kommissionsmitglied an diese Informationspflicht halte. In der zweiten Beschlußvorlage vom 17. 1. sah der Passus dann so aus:

„Nach Auffassung der Studenten sollen die Arbeitsergebnisse der Kommission verbindliche Grundlage für alle neu zu treffenden Entscheidungen über eine solche Neuorganisation sein . . . d. h.: die Studenten setzen voraus, daß Professoren und Assistenten der Kommission zumindest eine faktische Verbindlichkeit zugestehen, deren Verletzung eine weitere Kommissionsarbeit sinnlos macht."

Die Fachschaftsversammlung spaltete sich in die besagten Fraktionen, obwohl formal beide Gruppen die gleichen Ziele hatten:

1) nicht „Konzeption von Notmaßnahmen im Rahmen der gegenwärtigen Bedingungen", 2) Verhinderung „restriktiver Maßnahmen" (z. B. numerus clausus, Studienzeitbegrenzung) und darüber hinaus Öffentlichkeit, 3) Politisierung der Studenten.

Die Zwickmühle ist offensichtlich; politische Öffentlichkeit läßt sich unter den Studenten nur herstellen, wenn der Konflikt als solcher ständig für die Gruppe am Leben erhalten wird. Andererseits betrifft ein Konflikt die Studentengruppe in dem Moment nicht mehr, wo er an eine unverbindlich arbeitende Kommission abgegeben wird. Dieses Dilemma kreierte die These von der „Konflikt-Kommission":

„Wird von einer Seite der Kommission versucht, gegen den Willen der studentischen Vertreter ohne weitere Diskussion restriktive Maßnahmen . . . durchzusetzen, sind die studentischen Vertreter verpflichtet, aus der Kommission auszutreten und die anderen Kommissionsmitglieder aufzufordern, auf einer Fachschaftsvollversammlung ihr Verhalten zu rechtfertigen." Die Studentenvertreter sollen also hin- und herpendeln zwischen Kommission und studentischer Öffentlichkeit, die durch Austritte aus der Kommission von Fall zu Fall herzustellen wäre. Diese gewaltsame Konstruktion eines Konfliktmodells führte schließlich zur Ablehnung der Kommission überhaupt durch die andere Fraktion: wenn eine im strengen Sinne verbindliche Kommission nicht zustande käme, so müsse Öffentlichkeit mit „plebiszitären Methoden" hergestellt werden. Die letzte Fachschaftsvollversammlung endete mit dem Rücktritt der Fachschaftsvertreter.

Die Probe aufs Exempel ist noch nicht gemacht worden, denn immerhin hat sich Professor Habermas eindeutig gegen die „Unterstellung" gewehrt, die Professoren machten sich „stark für eine befristete Immatrikulation". Er hat nur allgemein von einer „Determinierung des Grundstudiums" gesprochen, die „unerläßlich für ein liberales Hauptstudium mit Teilnahme an Forschung und Lehre" sei. Er ist auch nicht einverstanden mit den „angebotenen Lehrveranstaltungen", und er hat in diesem Fall einen konkret anderen Begriff von Öffentlichkeit als die Studenten:

„Ich meine der demonstrative Effekt geht natürlich nicht aus von der Einführung des numerus clausus in einem bestimmten Fach", sondern „man muß überlegen, ob man nicht jetzt mit einem doppelten Effekt und durchaus demonstrativ — das ist uns bewußt, nicht eine Studienzeit- sondern eine Studentenzahlbeschränkung einführen soll."

Bei einer solchen Strategie ist es allerdings „unzeitgemäß", wenn die Studenten einen eigenen Begriff von Öffentlichkeit sofort entwickeln. Studenten und Professoren sollen in Einigkeit das Exempel des „Frankfurter Modells" statuieren. Nur daß die Einigkeit ein wenig mehr auf Kosten der Studenten geht.

„Die Arbeit der Kommission kann nur sinnvoll sein, wenn sie sich nicht auf die Konzeption von Notmaßnahmen im Rahmen der gegenwärtigen Bedingungen beschränkt, sondern gleichzeitig grundlegende hochschul- und bildungspolitische Strategien entwickelt."
(Beschlußvorlage, 17. 1. 1967)

„Die Studenten der Fachschaft Soziologie schlagen für die Arbeitskommission folgende Themenkomplexe vor:

1) Funktionen des Soziologiestudiums innerhalb der Wissenschaften und innerhalb der Gesellschaft. 2) Subjektive Motivationen des Soziologiestudiums. 3) Gegenwärtiger Stand der Diskussion von Hochschul- und Studienreform. 4) Berufsbild und Berufsmöglichkeiten. 5) Vergrößerung des Lehrkörpers incl. akademischer Mittelbau. 6) Studienberatung und Studienvorschriften. 7) Funktion und Auswirkungen zusätzlicher Lernkontrollen."
(Beschlußvorlage vom 20. 12. 1966)

Den demonstrativen Effekt darin zu sehen, daß man restriktive Maßnahmen vorweg nimmt, um zu demonstrieren, daß man positive Beispiele zu liefern vermag, sichert den Beifall der konservativen Kritik an der Hochschule:

„Solange die deutschen Hochschulen nur eine Ausbildung für ganz bestimmte akademische Berufe vermitteln . . . ist die Gefahr eines Akademikerüberschusses nicht zu umgehen. Steigende Abiturientenzahlen werden eines Tages die Bildungspolitik dazu zwingen, Formen der Weiterbildung zu entwickeln. Steigende Abiturientenquoten aber sind nicht nur erforderlich, um das gesellschaftspolitische Ziel des Grundrechts auf Bildung zu verwirklichen, auch ökonomische Gründe sprechen dafür, die Gymnasien auszubauen. Eine gute Allgemeinbildung ist die Voraussetzung dafür, daß sich die Arbeitskräfte an schnell sich wandelnde Technologien anpassen." („Produzieren wir zu viele Akademiker?", FAZ?, 28. 1. 1967)

Gegen diese — durch die Blume gesagte — Empfehlung, sich zu reibungslos funktionierenden „Arbeitskräften an sich schnell wandelnde Technologien anzupassen" wehren sich die Soziologiestudenten zur Zeit — zwar mit komplizierten und nicht so gut funktionierenden Mitteln — mit Recht.

„Die produktive Universität, die Berufsausbildung betreibt, die nach den Wünschen der Gesellschaft funktioniert, sei die Alternative der forschenden, demokratischen Universität. Habermas nannte sie ‚die auf Stromlinienform gebrachte Ordinarien-Universität'." (Frankfurter Rundschau, 27. 1. 1967) **Monika Steffen**

Prof. Stein (FU Berlin) Senator für Wissenschaft und Kunst, über protestierende Studenten: „Sie sind mit irgendetwas unzufrieden."

INTERVIEW

Boje Maaßen — Initiator trennt sich von dem NHB

Diskus: Welche Vorstellungen hatten Sie, als Sie zur Gründung einer nationalen Hochschulgruppe aufriefen?

Maaßen: Im bezug auf die NPD sollte sie eine „pressure group" darstellen, die dazu beitragen würde, bestimmte Vorstellungen, die ich persönlich als überholt, ja sogar als gefährlich betrachte, zu revidieren. Weiterhin sollte der Begriff „national" neu definiert und geläutert werden. Und schließlich ging es darum ein Gegengewicht gegen die linken Gruppierungen zu schaffen, die eindeutig die Szene beherrschen.

Diskus: Wie kam es zur Gründung? Kannten Sie die Leute schon vorher?

Maaßen: Nein, ich habe vorher keine Verbindung zu anderen Studenten gehabt. Voriges Semester versuchte ich schon etwas ähnliches, indem ich Bekannte ansprach, aber das verlief im Sande. Diesmal habe ich den Gründungsversuch durch ein Plakat an der Mensa bekannt gemacht.

Diskus: Wann traten Sie aus der Nationaldemokratischen Hochschulgruppe aus?

Maaßen: Austreten kann man nicht sagen, weil die Gruppe noch gar nicht existierte. Ich habe gegen einen Satzungspunkt gestimmt. Der war aber ohne Belang (nicht etwa undemokratisch oder faschistisch), sondern ich benutzte ihn nur als Anlaß für meinen Austritt. Das war am 4. Januar.

Diskus: Was war denn nun der Grund für Ihr Ausscheiden?

Maaßen: Eine Gruppe innerhalb der Interessenten hatte das Gesetz des Handelns an sich gerissen, indem sie ganz einfach ein Rundschreiben an die Personen, von denen man glaubte, sie seien vertrauenswürdig abschickte, und sie davon informierte, daß sich der Versammlungsort geändert habe und zwar kurzfristig (ich persönlich habe nie erfahren nach welchen Gesichtspunkten ein Interessent eingestuft wurde). Ich erhielt die Einladung z. B. erst am Abend der Versammlung, und da ich außerhalb Frankfurts wohne, war es mir einfach nicht möglich teilzunehmen.

Diskus: Hatten Sie nicht das Gefühl, daß man Sie herausdrängen wollte?

Maaßen: Das kann ich nicht sagen. Von den Leuten, die nicht zur Kerngruppe gehörten wurde ich gefragt, warum ich austreten wolle, und man gab mir Gelegenheit meine Kritik anzubringen.

Diskus: Worin bestand die?

Maaßen: Gewisse Methoden gefielen mir nicht. Es bestand objektiv die Gefahr, daß die Gruppe unterwandert werden würde. So waren z. B. am 7. Dezember bei der zweiten Versammlung circa 40 Prozent der Anwesenden mit dem erklärten Ziel gekommen, Informationen gegen die Gruppe zu sammeln. Eine Woche später handelte es sich nur noch um 10 Prozent.

Aus dieser Situation heraus ergaben sich zwei Verhaltensmöglichkeiten: 1. Akzeptierung dieser Leute als konstruktive Opposition (das hatte sich in der Diskussion bereits bewährt), 2. Ausschluß aller verdächtigen Personen. — Dieser Weg wurde gegen meinen Willen eingeschlagen. Trotz dieser Maßnahmen konnte es aber nicht verhindert werden, daß Informationen über Zusammensetzung und Arbeit der Gruppe an die Öffentlichkeit drangen. Die Folge war, daß allgemeines Mißtrauen in der Gruppe herrschte, u. a. wurde beispielsweise von mir behauptet, ich sei Mitglied des SDS.

Diskus: Von der Gruppe wurde Ihnen unterstellt, den Artikel in der FAZ geschrieben zu haben.

Maaßen: Inzwischen hat sich Herr Hintz bei mir entschuldigt.

Diskus: Wären Sie auch selbst an die Öffentlichkeit gegangen, um eine zunehmende Radikalisierung bekannt zu machen?

Maaßen: Ja, grundsätzlich wäre ich. Auf jeden Fall.

Diskus: Glauben Sie, daß die offizielle Satzung der NHD auch den Überzeugungen der Gruppe entspricht?

Maaßen: Ja, ich glaube schon, da es sich ja nur um formale Sachen handelt. Ich befürchte, daß einzelne Mitglieder durchaus überzeugt sind, Demokraten zu sein, daß verschiedene ihrer Aussagen sich aber schwerlich mit einer wirklich demokratischen Haltung vereinbaren lassen.

Diskus: Haben Sie da ein Beispiel?

Maaßen: Herr Hintz hat z. B. behauptet, das Volk und nicht die Kultur sei die Basis einer Nation. Ich halte das gelinde gesagt für gefährlich. Die Konsequenz aus dieser Haltung kann nur Rassismus sein. Ich muß aber auch sagen, daß sowohl Methoden, als auch konkrete Aussagen von Mitgliedern linker Gruppierungen mir einen nicht minderen Schrecken eingejagt haben. So z. B. die Aussage, in der heutigen Situation müsse man in der Bundesrepublik gegen das Volk regieren.

Diskus: Herr Maaßen, Sie sind NPD-Mitglied. Werden Sie es bleiben?

Maaßen: Ich werde austreten.

Interview von Hansjürgen Rosenbauer

citroën 2cv

Robust, verläßlich, in der ganzen Welt bewundert: CITROËN 2 CV, der sichere Kleinwagen mit dem hohen technischen Niveau aller CITROËN-Automobile.

citroën

Neuwagen – Gebrauchtwagen – Ersatzteile – Kundendienst

AUTOHAUS GOLDBACH

Frankfurt am Main

Mainzer Landstraße 151-153 – Telefon: 23 51 67 - 23 50 31 - 23 67 98

2 CV-Spezial-Werkstatt: Raimundstraße 100

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Sie wollen nicht wie ein Anhängsel der NPD aussehen, wenn sie auch zum größten Teil Mitglieder dieser Partei sind und Teile aus deren Programm sich in ihrer Satzung wiederfinden. Sie wollen auch nicht die Ansichten des „Deutschen Studentenanzeigers" als die ihren angesehen wissen, wenn sie auch eine Seite mit Artikeln füllen und Anzeigenkunden werben. In die „braune Ecke" gar will sich Frankfurts „Nationaldemokratischer Hochschulbund" erst recht nicht drängen lassen, obwohl Gruppengründer Maaßen undemokratischer Tendenzen wegen bereits nach vier Wochen austrat (siehe Interview). Alles was Nast, Hintz und Kameraden wollen, ist „die politische Weiterbildung im nationalen und demokratischen Sinne" (§ 3 der Satzung). National steht ihnen der Sinn schon seit langem und ohne Anstrengung, der demokratische Sinn fiel ihnen schon schwerer. Aber die demokratische Palina mußte her, Rektorat und Grundgesetz verlangen es, doch wie es drinnen aussieht . . .

Ein vaterländischer Briefwechsel

AKON — a Kreuz oder net? Sie hat es im Wappen. Und es ist ein Kreuz, wenn sie einem schreibt.

Eines Tages erhielt ein DISKUS-Herausgeber Post von der AKON. Es war ein *„Beitrittsschein"* der *„Aktionsgemeinschaft gegen den Verzicht auf ostdeutsche Gebiete jenseits und südlich der Oder-Neiße-Linie"*. Außer seinem Beitritt sollte der Adressat noch erklären, ob er *„Ostdeutscher, Mitteldeutscher, Westdeutscher (zutreffendes ist anzustreichen)"* sei und welchen Monatsbeitrag er *„nach Selbsteinschätzung"* zu zahlen bereit wäre. Da er — nach sorgfältiger Selbstprüfung — nicht wußte, wodurch er sich die Sympathie der Ostlandritter zugezogen haben könnte, und weil er — zu beiderseitigem Nutzen — wenigstens einen Beitrag zur Korrektur der Adressenkartei liefern wollte, bat er den Absender des Beitrittsscheins um Aufklärung:

Sehr geehrter Herr Deckert,

mit Poststempel vom 31. 12. 1966 habe ich einen Beitrittsschein der AKON erhalten. In einem Kästchen ist unter dem Hinweis „geworben durch" Ihr Name eingetragen. Da ich Sie nicht kenne und folglich von Ihnen auch nicht geworben sein kann, bitte ich Sie, mir mitzuteilen, aus welchen Gründen Sie mir den erwähnten Beitrittsschein schickten und weshalb er an die Adresse des DISKUS ging.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ein paar Tage später antwortete das *„Außenreferat"* = *„Foreign department"* der AKON mit dem nebenstehenden Dokument:

Also beachtet wollen sie werden. Und sei's auch nur durch einen Verriß, den sie als Beweis dafür nähmen, wie sehr sie verfolgt werden. Was solche Forderungspolitiker doch einem Verzichtpolitiker alles zumuten. Oder zutrauen? Wen es bei der Zufallsauswahl trifft, der soll ihnen bekennen, daß er zwar ein Linksgedrallter (natürlich zwangsumerzogen), aber leider kein Nationalbolschewik ist; und dann soll er den AKON-Kämpfern Publicity verschaffen und obendrein ein Alibi für ihren Verfolgungswahn. Die Leute sind maßlos.

Der Herr Günter A. Deckert, der den Scheinempfänger eingestandenermaßen nur provozieren aber nicht werben wollte, ist übrigens stud. Ref. und wird, wenn Sprache und Bekenntnis nicht täuschen, dereinst mal Oberlehrer für Deutsch, Geschichte und Geographie sien. M. M.

Aktion Oder-Neiße (A.K.O.N.) e.V.

Aktionsgemeinschaft gegen den Verzicht auf die ostdeutschen Ostgebiete

— Außenreferat —

Sehr geehrter Herr Müller!

Hiermit bestätige ich Ihr Schreiben vom 2. 1. 1967. Selbstverständlich haben Sie ein Anrecht zu erfahren, warum ich Ihnen einen Beitrittsschein der AKON schickte.

Daß er an Sie persönlich ging, ist mehr einem Zufall zu verdanken. Ich habe einige der jüngsten Nummern des DISKUS zu Hause, wo unter den Mitarbeitern auch Ihr Name zu finden ist. Ich habe einige Studentenzeitungen mit besagtem Beitrittsschein beliefert, nicht in der Hoffnung, daß einer der linksgedrallten Studentenfunktionäre beitreten würde — wäre mehr als ein Wunder, denn meines Wissens gibt es Nationalbolschewiken in Bundesdeutschland nicht mehr, sondern mit dem Hintergedanken, daß sich belieferte Studentenzeitungen, deren nationale Haltung mir während meiner Studienzeit aufgefallen war, in irgendeiner Form in Ihren Ausgaben mit der AKON beschäftigen würden. Der Beitrittsschein enthält nämlich in einem 14-Punkte-Programm eine Art „Was wir sind und was wir wollen". — Das wäre soweit alles.

Abschließend eine Bitte. Es wäre doch für die politische Richtung des DISKUS — wohl übrigens auch zwangsfinanziert von der Studentenschaft(?) oder, geradezu ein gefundenes Fressen, einen gut (!) fundierten Artikel über bundesdeutsche Revanchisten vom Stapel zu lassen!

In der Hoffnung Ihnen mit meinem Anliegen nicht zuviel zugemutet zu haben, verbleibe ich mit den besten Grüßen.

Hochachtungsvoll Günter A. Deckert

Alma Mater - von rechts bedrängt

I.

Am 30. November 1966, 16.00 Uhr c. t., versuchte AfE-Student Boje Maaßen im Raum 105 des Studentenhauses eine nationale Hochschulgruppe zu gründen. Es gelang ihm nicht. Die Linke war in der Überzahl und nicht gewillt der Rechten eine Chance zu geben. Maaßen kapitulierte und lud „ernsthafte Interessenten" zur geschlossenen Sitzung ins Hotel „Heidelberger".

Trotzdem: die Hälfte der Anwesenden war noch immer von der falschen Seite, denn wohl national, nicht aber sozialistisch sollte das Programm werden. Maaßen forderte: *„Die deutsche Volksmusik und die deutsche Jugendbewegung müssen wieder zu ihrem Recht kommen."* Doch damit war es nicht getan. Die potentiellen Gründer wollten mehr wissen. Wie es denn mit der Einstellung zur braunen Vergangenheit aussehe, und was die politischen Vorstellungen seien? Boje Maaßen schwebte ein von der NPD unabhängiges *„nationales Sammelbecken vor, als Gegengewicht zur sozialistischen Linken und vor allem eine nationalere Politik"*.

Jurastudent Alfred Nast war ebenfalls für die nationalere Politik und wurde schon konkreter: *„Gleicht den Haushalt aus; spart bei EWG, Entwicklungshilfe und Wiedergutmachung."* Und als Nachsatz ein gängiges neo-nazistisches Klischee: *„Ich kenne da einen Fall, wo sich einer einfach Wiedergutmachungsgelder erschlichen hat."* Überhaupt: *„Man sollte die Kinder von vergasten Juden nur dann entschädigen, wenn sie dadurch geschädigt wurden."* Einigen der Anwesenden verschlug es die Sprache, andere nickten zustimmend und jemand ergänzte: *„Die Entschädigung für italienische Partisanen, die auf deutsche Soldaten geschossen haben, ist ja auch unerhört!"*

Als nach mehrstündiger Diskussion noch keine Ergebnisse in Sicht waren, beschloß die Versammlung Arbeitsgruppen zur Außen-, Innen- und Hochschulpolitik zu bilden und sich zu vertagen. — Der Abend endete mit einem Überschuß von DM 2,42. Das blieb nach Zahlung der Saalmiete von den Spenden der Anwesenden übrig. Nationalgesinnte Studenten, schloß man, seien eben gebefreudig.

II.

Bevor sich die Nationalen am 7. Dezember zum zweiten Mal treffen konnten, tagte eine andere Gründungsversammlung. Auch hier waren die Töne national bis nationalistisch, allerdings nur scheinbar. SDS-Anhänger und heimatlose Liberale formierten sich zum „Nationaldemokratischen Hochschulbund". Man wollte den „echten Nationalen" zuvorkommen. Aber dann konstituierten die sich noch gar nicht, und die Gruppe platzte, bevor sie richtig existiert hatte.

Am selben Abend wurde von der Maaßen-Gruppe eine Studentin, die dem SDS angehört, zur Schriftführerin gewählt. Aber dann kamen ihr und einigen anderen SDS'lern doch Bedenken. Zwei Tage später trat sie wieder aus und schickte Namen und Adressen, die ihr übergeben worden waren, zurück.

Sonst tat sich an diesem 7. Dezember nicht viel. Es wurde über Vorschläge der Arbeitsgruppen diskutiert, lang und breit, denn noch immer waren fast fünfzig Prozent der Anwesenden „Unterwanderer". Dafür stieß jedoch ein neuer Mann zur Gruppe, Hermann Hintz. Aus den Jahren 1958/59 verfügte er über Erfahrungen in dem „Bund Nationaler Studenten" (BNS) in Tübingen. Dort war wegen subversiver Tätigkeit und antisemitischer Reden gegen ihn ermittelt worden. Nun bot er eilfertigst seine Dienste bei der Schaffung der Frankfurter Gruppe an. Er hatte auch gleich vor der falschen Schriftführerin gewarnt: *„Ich bin schon einmal auf eine Frau reingefallen. Frauen sind emotional und daher unzuverlässig."*

III.

„Über das Dingsda, das Nationale" diskutierte die Versammlung am 14. Dezember. Als Arbeitsanleitung hatte der werdende Studienrat Hintz (Geschichte und Englisch) die Parole ausgegeben: *„Eine zu kritische Einstellung ist für uns nicht fruchtbar."* Das glaubte man ihm nach seinen Thesen zum „Dingsda" ohne weiteres: *„Das Volk gebiert einen. Ohne Volk ist der Mensch nicht möglich. — Eine Religion kann keinen Menschen gebären, wenigstens momentan nicht. — Die Nation und das Volk sind so alt wie die Menschheit überhaupt."*

Einwänden einer als Gast erschienenen Amerikanerin zeigte er sich durchaus aufgeschlossen, um aber dann mit ihm eigener Logik zu verkünden: *„Eine Nation wird dann eine Nation, wenn sie eine Nation werden will!"* Nachdem das ideologische Fundament derart geschaffen war, berichteten die Arbeitsgruppen.

„Die Abtrennung der Ostgebiete nach dem Krieg wäre auch dann erfolgt, wenn Deutschland den Krieg nicht begonnen hätte und demokratisch gewesen wäre."

„Bei den Juden" spaltete sich dann die Versammlung in zwei feindliche Gruppen: Boje Maaßen bekundete Schuldgefühle, Hermann Hintz und Ulf Leineweber (Jurastudent und NPD-Kreisvorsitzender Offenbach-Land) lehnten jede Mitverantwortung strikt ab. Und mit dem ungeheueren Ausmaß der Untaten solle man auch nicht kommen: *„Es ist nicht entscheidend, wieviele umgebracht wurden, denn vorher* (in anderen Ländern, war gemeint) *gab es ja doch noch gar nicht die technischen Möglichkeiten."*

Aber trotz allem: man wollte nicht mißverstanden werden. National: Ja! Nationalistisch und rassistisch: Nein! Cand. phil. Hintz lieferte, ohne es recht zu bemerken, gleich die Begründung für derartige Vorsicht: es seien immer noch zu viele Leute anwesend, die nur Material sammeln wollten. Gegen Ende der Zusammenkunft wählte er daher die ihm vertrauenswürdig erscheinenden Leute aus, die schriftlich über Ort und Zeit des nächsten Treffens benachrichtigt wurden. Man wollte endlich unter sich sein.

Frankfurt, den 9. 1. 1967

Lieber Komilitone!

Unsere Tagungen werden fortgesetzt am Mittwoch den 12. 1. wiederum in der Gaststätte „Rohmerhof", Bockenheim, Rohmerstraße 5, wozu ich Dich herzlich einlade. Zeit: 19.30 Uhr.

Hans-Joachim Eckert

IV.

Nur noch zwölf von fast dreißig „Interessenten" waren daher zur ersten geheimen Sitzung im „Rohmerhof" in Bockenheim erschienen. Selbst Gründungsinitiator Maaßen war nicht darunter. Seine Plädoyers für eine „offene Gruppe" hatten ihn unbeliebt gemacht, außerdem warf man ihm fehlende Führerqualitäten und eine falsche politische Einstellung vor. „Man", das waren Nast, Hintz, Leineweber und Soziologiestudent Udo Rossbach, der als besondere Qualifikation die SS-Mitgliedschaft seines Vaters vorzuweisen hatte.

Ein Neuankömmling, Malte Wortmann, Jurist im 2. Semester, führte sich als nationaler Märtyrertyp ein. Als Hintz betonte: *„Wir wollen uns nicht in die braune Ecke drängen lassen!"* hielt er entgegen: *Und ich bin stolz darauf, in die Ecke gedrängt zu werden!"* Das klang durchaus glaubhaft, nachdem er die Amerikaner beschuldigt hatte, nachträglich in Dachau Gaskammern installiert zu haben, und es offensichtlich wurde, daß er sein Geschichtsbild von Herrn Hoogen bezieht.

Reinhold Möller, Frankfurter Redakteur des „Deutschen Studentenanzeigers", überbrachte die Nachricht, daß der Gruppe eine Seite im „Studentenanzeiger" zur Verfügung stehe. Als erster erklärte sich Jurist Nast (Monogramm a. n.) bereit, Beiträge zu liefern. Möller, ebenfalls Jurastudent, hatte auch über die Zuverlässigkeit der einzelnen Mitglieder recherchiert, soweit diese nicht durch Zugehörigkeit zur NPD garantiert war. Unter anderem befragte er den 2. AStA-Vorsitzenden Mees, mit dem er der selben schlagenden Verbindung angehört. In der „Dresdensia Rugia" versucht er auch weitere „Nationale" zu werben. „Leider bisher ohne Erfolg", mußte er gestehen.

Schiedsgerichtsmitglied Alfred Nast (rechts) warnt den DISKUS-Redakteur vor unqualifizierten Veröffentlichungen über den NHB — mitten im Fasching.
Foto: G.-W. Schellenberg

V.

„DISKUS", „FAZ" und „AStA-Info" hatten inzwischen über Irrungen und Wirrungen der Hochschulgruppengründer berichtet, doch wurde das bei der Zusammenkunft am 18. Januar nur milde belächelt. Böse war man nur auf Boje Maaßen, in dem man den Schreiber des FAZ-Artikels zu sehen glaubte. Solche Charakterlosigkeit sei einfach empörend, und man wolle ihn „mal vorknöpfen".

Die „Nationaljuristen" Nast und Ehe legten einen Satzungsentwurf vor, der nach dem Vorbild der Tübinger Gruppe gefertigt war. Beigemischt: Teile des NPD-Programms und die Universitätsbestimmungen über studentische Vereinigungen. Die Anwesenden akzeptierten den Entwurf, in dem das Wort „national" nur einmal erscheint, ohne große Änderungen.

Nur über den Namen der Gruppe gerieten sie in Streit. „Nationaldemokratische Hochschulgruppe" klang ihnen zu sehr nach NPD. „National-Liberale Hochschulgruppe" tauge auch nicht viel, und wegen des Vorschlags „Nationale Hochschulgruppe" verließ Altnationaler Hintz demonstrativ den Raum. Er kehrte aber schnell zurück und argumentierte: *„Wenn wir schon nicht unser wahres Gesicht zeigen wollen, dann nehmen wir eben einen hundertprozentigen Tarnnamen."* Sein Vorschlag: „Republikanische Hochschulgruppe".

VI.

Am 25. Januar 1967 war es soweit: der „Nationaldemokratische Hochschulbund" (NHB) konstituierte sich. Doch auch hierbei gab es Schwierigkeiten. Niemand wollte Kopf und Namen für die nationale Sache hinhalten.

Alfred Nast, auf seine Berufskarriere bedacht, lehnte, wenn auch unter anderem Vorwand, ab. Aus eben diesem Grund wurde er auch bisher kein NPD-Mitglied. Da war Lutz Müller schon ehrlicher: *„Ich will doch bald Lehrer werden und will mich nicht exponieren, sonst kann ich bei meinem Professor nicht mehr landen."*

Schließlich ließ sich Malte Wortmann in die „nationale Ecke drängen" und kandidierte als erster Vorsitzender. Nach seiner Wahl aber klagte er: *„Ich bin noch ein junges Semester, und gegen die gewitzten Fragen der SDS-Leute kann ich mich nicht wehren."* Das kam den Drahtziehern im Hintergrund wie gerufen (auch Udo Rossbach hatte Angst vor der Öffentlichkeit bekommen). Nast und Hintz (der wegen seiner früheren nationalistischen Betätigung nur beratendes Mitglied ist) forderten ideologische Schulung aller Mitglieder, um in Diskussionen den Anfeindungen der Linken standhalten zu können.

Auch überregional wollte man sich absichern. So wurde Wortmann gleich zu einem Treffen nach Ehingen bei Stuttgart geschickt, um die Leiter der nationalen Gruppen aus Freiburg, Tübingen und Heidelberg kennenzulernen und über einen Dachverband zu verhandeln. Auch die Verbindung zur NPD hatte sich inzwischen verstärkt. Noch im Dezember erklärte NPD-Landesvorsitzender Faßbender, an einer Hochschulgruppe sei seine Partei nicht interessiert. Aber wenig später begrüßte er in einem Brief an Boje Maaßen die Frankfurter Gründung und versprach Unterstützung. Als tatkräftiger „alter Herr" erschien zu mehreren Sitzungen Dr. Weiser, bei den Farbwerken Höchst in der medizinisch-technischen Forschungsabteilung beschäftigt, NPD-Mitglied und mit guten Verbindungen zum „Studentenanzeiger".

Als sich die Gründungsmitglieder an diesem Abend in die Anwesenheitsliste eintrugen, ergab sich eine „Kerngruppe" von dreizehn „Studierenden mit nationaler und demokratischer Grundhaltung" (§ 1 der Satzung):

Jurist Malte WORTMANN, 1. Vorsitzender, NPD-Mitglied
Soziologin OHRENBERGER, 2. Vorsitzende, NPD-Mitglied
Jurist Reinhold MÖLLER, 3. Vorsitzender, NPD-Mitglied
AfE-Studentin EBERT, Schatzmeisterin, NPD-Mitglied
Jurist Alfred NAST, Mitglied des Schiedsgerichts (nicht absetzbar)
Jurist August EHE, Mitglied des Schiedsgerichts (nicht absetzbar)
Jurist Karl STOTZ, Mitglied des Schiedsgerichts (nicht absetzbar) NPD-Mitglied
Volkswirt Hans-Joachim ECKERT, NPD-Mitglied
Jurist Ulf LEINEWEBER, NPD-Kreisvorsitzender
AfE-Student Lutz MÖLLER
Mikrobiologe Hans-Volker PETERS, Kyffhäuserverband
Soziologe Udo ROSSBACH
Mediziner Jürgen ZENKER, Kyffhäuserverband.

Allzu schnell wird sich der NHB nicht vergrößern, dafür ist gesorgt, denn noch einmal möchte man sich nicht unterwandern lassen. In § 6 der Satzung heißt es: „Das Aufnahmeverfahren wird durch schriftlichen Antrag von drei Mitgliedern des NHB eingeleitet. Der Vorstand hat diesen Antrag der nächsten Mitgliederversammlung zur Entscheidung vorzulegen.

U. Boot

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

FRAGEN SIE FRAU CHARLOTTE

Liebe Frau Charlotte,

auf dem Quartier Latin habe ich eine reizende Kommilitonin kennengelernt, die mir auch sonst noch sehr gefallen hat. Wir haben uns seitdem ein paarmal getroffen, und ich glaube, auch ihr hat es gut gefallen. Nun wohnt sie dummerweise bei einem Witwer zur Untermiete, der auf sie scharf ist, so daß ich mich dort nur ab und zu mal sehen lassen kann. Ich selber logiere bei meinen Eltern zu Hause, was auch nicht immer Vorteile mit sich bringt. Kurz und gut: Damit wir endlich einmal länger als zwei Stunden zusammenbleiben können, haben wir uns entschlossen, einige Tage aus Frankfurt zu verschwinden und in den Semesterferien nach Paris zu fahren. Weil es so billig ist, wollen wir mit dem AStA reisen. Liebe Frau Charlotte, nun kenne ich mich beim AStA-Reisereferat überhaupt nicht aus und möchte Sie daher bitten, mir mitzuteilen, wie die Chancen stehen.

Ihr Berndt H. aus W.

Lieber Berndt,

ich glaube schon, daß ich Sie richtig verstanden habe. Was aber halten Sie vom AStA? Zwar ist er keine moralische Anstalt, gottseidank, doch respektiert er allemal die geltenden Gesetze. Daran führt kein Weg vorbei: Sie können mit Ihrer Freundin kein Doppelzimmer erhalten, solange Sie nicht verheiratet sind. Solange müssen Sie das Doppelzimmer schon mit einem Kommilitonen teilen.

Aber darf ich Ihre Aufmerksamkeit auf ein interessantes logisches Prinzip lenken? Was für einen allein stimmt, muß noch lange nicht für alle gelten. Nehmen Sie die Banken als Beispiel: eine allein kann durch Kredit kein neues Geld schöpfen, aber zwei schon können es, wie Ihnen jeder Student der WISO-Fakultät erklären wird. Und wieviele Banken haben wir erst! Und wieviele Studenten fahren mit ihren Freundinnen im AStA-Bus nach Paris! Eine offensichtlich sehr interessante Konstellation. Seien Sie kontaktfreudig zu Ihren männlichen Reisegefährten, denn mit einem von ihnen werden Sie in den folgenden Tagen ein Zimmer teilen müssen. Und der Reiseleiter braucht gar nichts zu wissen. Der ist nämlich froh, wenn Sie alle zufrieden sind. Außerdem ist er sehr beschäftigt, denn in Paris wartet ein Einzelzimmer auf ihn – als einzigen der ganzen Gruppe. Deshalb kann der AStA auch so billig sein.

Ihre Frau Charlotte

Liebe Frau Charlotte,

man spricht seit Jahren viel von Hochschulreform und davon, daß alles ganz anders werden muß. Da ich aber wie 99 Prozent meiner Kommilitonen von der ganzen Sache nichts verstehe, möchte ich Sie in einem speziellen Punkt um Rat fragen, der mich doch einigermaßen beeindruckt hat. Anscheinend geschieht nämlich jetzt wirklich etwas in Sachen Hochschulreform: Am Schwarzen Brett des Rektors mußte ich zu meinem Schrecken erfahren, daß man uns von den nächsten Semesterferien zwei Wochen wegnimmt und das Sommersemester schon am 15. April beginnen läßt. Ja, wann und wie soll das enden? Will man uns die schöpferische Pause nicht mehr gönnen? Macht man uns nun zu Schülern? Sollen wir jetzt pauken? Wo bleibt die Bildung der Gesamtpersönlichkeit, zu der nun einmal Fasching und Reisen nach Tenerifa gehören. Ich muß schon sagen, ich bin empört.

Ihr Michael H. aus H.

Lieber Mike,

sehen Sie, das habe ich auch am DISKUS manchmal zu bemängeln: man redet groß daher, sagen wir von Hochschulreform, echauffiert sich mächtig, wird sehr ernst und prinzipiell, ist jedenfalls empört – und dann sind es Spatzen, auf die geböllert wird. Professoren sind doch auch nur Menschen, muß ich das immer wiederholen? Professoren haben Kinder, Kinder im schulpflichtigen Alter. Und mit diesen Kindern wollen sie in Urlaub fahren. Nichts da von pauken, forschen, lehren, ganz in Ihrem Sinn. Doch wann kann man mit der Familie Urlaub machen? Natürlich in den Schulferien, und die beginnen nun mal Mitte Juli. Also beschloß die Rektorenkonferenz, jenes Spitzengremium der bundesdeutschen Hohen Schulen, die Semesterferien zu verlegen: auf 15. Juli bis 14. Oktober und 15. Februar bis 14. April. Von Hochschulreform keine Spur. Zwar gab es in Frankfurt Einwände von den Studentenfunktionären – etwa die Monatskarten, die man nicht vom 15. bis zum 15. bekommt oder die Zimmermieten, die man auch nur schlecht vom 15. bis zum 15. bezahlen kann – aber denen wurde Rechnung getragen. In Frankfurt stimmten die Professoren der Neuregelung nicht aus egoistischen Gründen ihrer Intimsphäre zu, sondern aus Verantwortungsbewußtsein? Sie konnten nicht verantworten, eine bundeseinheitliche Regelung platzen zu lassen.

Ihre Frau Charlotte

Listen zur Parlamentswahl

Vom 15. bis 17. Februar wird zum Studentenparlament erstmals nach den Bestimmungen der neuen Satzung gewählt. Statt der bisher üblichen Personenwahl getrennt nach Fakultäten kommt heuer der Wahlmodus nach Listen zur Anwendung. Diesmal stellen sich nicht „Persönlichkeiten" zur Wahl, die niemand kennt, sondern Listen, die dem Wahlvolk ein Aktionsprogramm und mindestens 3 Kandidaten für die 22 Sitze des Studentenparlaments präsentieren müssen (§ 15 der neuen Satzung). Der Student verfügt nunmehr über sachliche Kriterien für seine Wahl, die große Zeit der Dunkelmänner ist vorüber; Kandidaten und Fraktionen müssen Farbe bekennen. Zu wenige Kandidaten und eine geringe Wahlbeteiligung waren die augenscheinlichsten Symptome des alten Wahlsystems. Wie sich die neue Listenwahl und der sie begleitende politische Wahlkampf auf die Wahlbeteiligung auswirken wird, wissen wir noch nicht; einen Erfolg kann das neue System allerdings heute schon für sich buchen: die Zahl der Kandidaten (und damit die Auswahlmöglichkeit der Wähler) ist sprunghaft gestiegen. Hatte man früher Mühe für jeden freien Sitz im Studentenparlament einen neuen Kandidaten zu finden, so bewerben sich heute um die freien 22 Sitze mehr als 120 Kandidaten.

Allerdings hat der große Kandidatenandrang nicht nur erfreuliche Aspekte: 11 Listen bewerben sich um die Gunst der Wähler, eine Zahl, die die Überschaubarkeit der politischen Verhältnisse für die Wähler gefährdet und eine Versplitterung der Stimme heraufbeschwört. Klare Mehrheitsverhältnisse, eine breite und geschlossene Regierungsfraktion sowie eine starke Oppositionsgruppe sind das Fernziel der Reform-Satzung und der in ihr intendierten Politisierung der Studentenschaft. Die vielen Splitterlisten gehören zu den Kinderkrankheiten des neuen Systems.

Dennoch kann das geübte Auge unter dem scheinbaren Wirrwarr der 12 Listen unschwer die künftige Struktur der studentischen Willensbildung erkennen. Viele dieser Listen werden Eintagsfliegen bleiben (selbst bei einem vorübergehenden Wahlerfolg) bis sich jene zwei oder drei Gruppierungen herauskristallisiert haben, die allein zukunftsträchtig sind, die auf lange Sicht das parlamentarische Wechselspiel von Regierung (AStA) und Opposition bestreiten können. Betrachtet man die Wahlprogramme der Listen, so sind sie alle viel- respektive nichts-sagend und gleichen wie einem Ei dem anderen. Das mag den unbefangenen Beobachter überraschen, der Kenner der Materie hat kaum etwas anderes erwartet. Über die Ziele studentischer Politik innerhalb und außerhalb der Hochschule herrscht längst ein allgemeiner Konsensus. Worüber man freilich streiten kann und muß, das sind die Wege zu diesem Ziel! Über die Methoden studentischer Politik sollte die Konkurrenz der Listen entbrennen. In diesem Punkte hat die studentische Selbstverwaltung und Interessenvertretung Phantasie, neue Ideen, frischen Mut und den ungebrochenen Elan neuer Kräfte bitter nötig.

Für die Studentenschaft das unverbrauchte Potential der politischen Hochschulgruppen neu zu erschließen, war eine der Hauptintentionen der Satzungsreform. Diese Gruppen können, wenn sie – ohne die „große Politik" zu vernachlässigen – die „kleine Politik" (die Hochschulpolitik) entdecken, segensreichen Einfluß auf die studentische Interessenvertretung erlangen. Sie könnten die Alternative werden zur sterilen Clique selbstgefälliger Studentenfunktionäre, die sich seit urdenklichen Zeiten in unseren AStAs häuslich niedergelassen haben. „Politik statt Verwaltung" müßte ihre Devise sein; die politischen Studentengruppen allein bieten die sachlichen und personellen Voraussetzungen für offensives politisch und taktisch kluges handeln in der studentischen Selbstverwaltung.

Freilich müßten die „Politischen" hierzu geschlossen auftreten, sie hätten eine gemeinsame Liste zu präsentieren, die auf einer breiten Basis steht: Etwa eine „Mitte-Links-Koalition", die sich in Frankfurt z. B. aus dem Liberalen Studentenbund (LSD), dem Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB), der Humanistischen Union (HSU) und der Gewerkschaft Erziehung (GEW) zusammensetzen könnte. Die Übereinstimmung in Zielen und Methoden der Hochschulpolitik ist durch das „Höchster Programm" weitgehend gegeben. Dennoch erwiesen die Gruppenegoismen sich als stärker, die Gemeinschaftsliste scheiterte und von den ersatzweise vorgelegten drei Listen (Nr. 5 LSD; Nr. 10 SHB; Nr. 2 GEW/HSU) hat keine eine reale Chance aktionsfähige Mehrheiten zu erringen. Daß die „Politischen" aus Kurzsichtigkeit ihre große Möglichkeit vertan haben, beweist, daß auch sie erst in die Verhältnisse der Satzung hineinwachsen müssen, daß ihnen Reife und politisches Geschick für die Regierungsverantwortung noch fehlt. Vielleicht werden sie sich auf den harten Bänken der Opposition „zusammenraufen".

Die Macht einer Mitte-Links-Koalition der politischen Studentengruppen haben einzig ihre Kontrahenten, die alten Selbstverwalter, voll erkannt. Für sie war die Bedrohung ihrer angestammten Pfründe durchaus real. Prompt vereinigt dann auch die „Aktion Studentenschaft" (AS) und ihr verlängerter Arm in der medizinischen Fakultät, LUM, die alte Garde der Selbstverwalter: Spitzenkandidat ist der AStA-Vorsitzende Peters, auf der Liste stehen ferner die ehemaligen AStA-Mitglieder Schellenberg, Döbel und Arneth. Oberflächliche Betrachter mögen beide Listen als Stimmvieh für den amtierenden AStA-Vorsitzenden abqualifizieren, dennoch ist die „Aktion Studentenschaft" in Wahrheit mehr: Sie ist ein typisches Kind des Übergangs vom alten zum neuen System. Mit ihr versucht sich das Selbstverwalter-Establishment des alten Systems den veränderten Bedingungen der Reformsatzung anzupassen. Das hierbei verfolgte Ziel, die alte Macht zu erhalten, ist legitim – ja, es kann sich für die Studentenschaft als außerordentlich nützlich erweisen, wenn in Zeiten des Umbruchs und Übergangs die AS als Element der Stabilität und Kontinuität wirksam wird. Dies gilt besonders für die derzeitige Frankfurter Situation, in der – wie vorhin erörtert – die politischen Hochschulgruppen noch keine echte Alternative bieten.

Bei zunehmender Politisierung der Studentenschaft, auf lange Sicht also, haben die AS und LUM kaum eine Zukunft. Dies gilt besonders für den Fall, daß sich die zweite zukunftsträchtige Gruppierung im studentischen Spektrum bald formiert: die gemäßigte Rechte. Die Umrisse dieser Gruppierung sind schon bei den heutigen Listen zu erkennen. Da ist zunächst die Liste 3 (Aktive Hochschulpolitik = AHP), deren Kandidaten vornehmlich aus den katholischen Verbindungen KV, CV und UV sowie aus der katholischen Studentengemeinde stammen. In gewisser Weise ist hierzu auch der „Arbeitskreis der Mitte" (AdM), eine Vereinigung nichtfarbentragender Korporationen, zu rechnen. Sicher wird auch der RCDS bald zu dieser Gruppierung stoßen. Dank ihres – auch langfristig – breiten Wählerpotentials dürfte die Gruppierung „Mitte-Rechts" bald zum wahren Widerpart der „Mitte-Links-Koalition" werden.

Bleiben am Rande des studentischen Spektrums noch die extremen Gruppen von rechts und links. Auch sie präsentieren für diese Wahl Listen. Offen und für jedermann erkennbar der SDS (Liste 8), ein wenig verschämt die schlagenden Verbindungen unter der Tarnbezeichnung „Frankfurter Profil" (SFP). Beide Listen werden ihre Stammwähler finden und bei wechselndem Wahlglück zwei bis drei Abgeordnete ins Parlament senden; daß sie je erheblichen Einfluß auf die studentische Politik gewinnen könnten, wagt kaum jemand zu hoffen und braucht niemand zu fürchten. Die Liste 7 (Neue Bühne) und 11 (Unabhängige Studentenliste) sind Eintagsfliegen, an sie wird sich nächstes Jahr keiner mehr erinnern, selbst wenn die Laune der Wähler ihnen am 17. Februar den einen oder anderen Parlamentssitz bescheren sollte.

Hans Joachim Steffen

Onanie

Das Publikum wußte bereits, daß die Amerikaner in Vietnam einen verbrecherischen Krieg führen. Auch die anderen, vom Berliner „Reichskabarett" aufbereiteten Materialien waren weitgehend bekannt. Man war also ganz „en famille", bekfatschte seine eigenen Ansichten, bewies den vom SDS geladenen Kabarettisten Solidarität und sich selbst den *Genuß einer geistigen Befriedigung*.

Damit sei nicht der Wert des Programms als informative Kritik für weniger gleichgesinnte Zuschauer bestritten. Im Festsaal des Studentenhauses aber entwickelte sich nicht „Bombenstimmung" (so der Titel des Programms), sondern vor allem Stimmung. – Auch am eigenen Anspruch gemessen ist das Programm zwiespältig. Hart, engagiert, aufklärerisch will man sein, ohne aber untheatralisch zu werden. Das gelang eigentlich nur bei einer Nummer, dem „Blutorden-Calypso", wo der an sich ungenießbare Text durch die Form genießbar erschien. Fragwürdig wird es besonders bei den Dokumentationen. Regisseur Steckel, der von der Hamburger Studentenbühne kommt, hatte Texte der „Vietnamlesung" kabarettistisch aufpoliert und verwässert.

Das Publikum, einmal hochgestimmt und von der richtigen Linie der Kabarettisten überzeugt, honorierte sogar reaktionäre Nummern mit tosendem Beifall. So die „Deutschen Gemeinsamkeiten" (Text: Dr. Hachfeld), wovon sich selbst der Regisseur im Programmheft ausdrücklich distanziert hatte. Kabarett und Satire leben von der Vereinfachung und Überspitzung, aber daß sich Kriege auf das Ränkespiel von Generälen und Generaldirektoren zurückführen ließen, ist so uralt, daß es schon peinlich wird dies in mehrfacher Ausführung als neue Einsicht angeboten zu bekommen.

Wie schon in seinem ersten Programm kokettierte das „Reichskabarett" mit dem Anti-Kabarett, kokettierte insofern, als es sich genau der konventionellen Mittel bediente, die es zuvor verdammt hatte. Größere intellektuelle Anstrengungen wollte man seinem Publikum wohl nicht zumuten, und versuchte es dafür mit einem Mischmasch der Formen, in dem das konventionell Kulinarische überwog.

H. Rosenbauer

Q. L. 67

Es fing schon bei den Vorbereitungen an: „Wie im vergangenen Jahr, wird auch in dieser Kampagne das Motto **Bau** beigezogen, um der Organisation des Festes einen äußeren Rahmen zu geben". Ein solches Deutsch, wie mit der Spitzhacke ziseliert, ließ Überraschungen erwarten. Die erste war, daß die Bauherren den Wettlauf gegen Uhr und Flasche gewannen und, wenn auch mit 'nem Kater im Bauch, die potemkinsche Verwandlung des Neubaus rechtzeitig zum Freitagabend fertig stellten. Da die Dekorationen mehrere Zensurkommissionen überstanden hatten, blieben Freizügigkeiten dem Publikum vorbehalten und wurde von diesem auch dankbar bis zu den untersten und obersten Grenzen ausgenutzt.

Die zweite Überraschung: die Herren vom Bau waren dem (theoretisch erwarteten) Andrang nicht gewachsen und baten zur Kollektivübung: Schlange stehen vor der Garderobe. Die Ordner hatten trotzdem wenig Arbeit, denn was an Aggressionstrieben sich anstaute, verpuffte wieder bei Beat und Micky Maus. Und für die anderen Triebe, durch die das Publikum Geschmack am Quartier Latin und dieses in der Vergangenheit einen legendären Beigeschmack bekam, – für sie fehlten diesmal die Gelegenheiten, (zu wenig für die mehr als 1500 Pärchen + Sucher, Drauf- und Einzelgänger). Ansonsten zeigte die freitägliche Generalprobe die Vorteile des Umzugs.

Die Premiere fand am Samstag statt. Alles, auch die Überraschungen, maximierte sich. 003 Ingo Mees erschien eine Stunde später; und da er die Stempel zur Abstempelung der Gäste und die diversen Schlüssel bei sich trug, ohne die nichts anfangen konnte, bildeten sich vor den Eingängen sogenannte Aufläufe und Menschentrauben von polizeiwidrigen Ausmaßen. Und mit den Prachtexemplaren von Garderobeschlangen, die zwischen acht und zehn Uhr durchs Haus krochen, hätte Professor Grzimek drei Fernsehabende füllen können. Gegen halb drei geriet die Feuerpolizei mit einer Einlage in Verdacht, maskierte Volkswartbündler zu sein, denn sie veranlaßte per Lautsprecher die Vertreibung aus dem einzigen Notparadies der Nacht: „Sämtliche Treppen im Neubau müssen geräumt werden laut polizeilicher Anordnung". Trotzdem – die 5000 des Samstags drängten, schoben und knutschten sich weiter.

Um vier herum versuchte schließlich die Festleitung, mit Bitten, Drohungen und Appellen an Vernunft oder Mitleid der Gäste dem Vergnügen ein Ende zu machen. Aber dafür war es vielen noch zu früh, und daß die Oberen ihre Absicht nur langsam erreichten, sei ihnen als Lob bescheinigt: Was zu beweisen war, ist trotz der Überraschungen gelungen, nämlich, daß das Quartier mit dem Umzug in den Neubau auch neue Möglichkeiten hat, den alten Legenden gerecht zu werden.

Natürlich gab es auch diesmal Spaßvögel, die über die Stränge flogen. Obwohl ein Wurf- und Schießstand am Platze war, probierte ein Besucher, einen Garderobier auf zehn Schritt mit einer Bierflasche zu treffen, und obwohl an keinem Abend Rifilis oder Zauberkünstler gesichtet wurden, mußte eine Kasse nach Festschluß überdurchschnittliche Schwindsucht anmelden. Die Quartier-Kassette überstand dagegen mit ein paar Beulen die Untersuchung, ob sie deutsche Wertarbeit sei. Über sonstige Vorkommnisse wird, wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, nichts mehr bekannt, aber die sind ja auch nur für die Bauleute interessant. Jedenfalls werden die drei amerikanischen Tarnnetze, die dem Dekorationsteam abhanden kamen, zweckvoll an anderen Stellen Verwendung finden.

M. M.

FAHRSCHULE POHL

FRANKFURT/M.
Bockenheimer Landstraße 95
Telefon 77 91 40
Grundgebühr: DM 50,–
Fahrstunde: DM 12,50

seit Jahren
die Fahrschule
der Studenten

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de